

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 161.

Donnerstag, den 13. Juli 1911.

18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Was hat's genützt?

„Verächtlich“ ist noch immer das große Wort gewesen, das regierende und regierende Männer gelassen ausgesprochen, wenn ihnen die Arbeiterbewegung unangenehm auf die Nerven fiel. Ebenso oft als dies Wort erdient, ist die Arbeiterbewegung groß und gelassen darüber zur Tagesordnung übergegangen, zu der Tagesordnung, die da lautet: vorwärts.

Es lohnt sich schon, einmal kurz zurückzublicken, was da seit der Reichsgründung alles an Sozialistengesetzen, Ausnahmeparagraphen und Sonderverordnungen gegen die Arbeiterbewegung losgelassen worden ist.

Schon 1869 brachte mit der Gewerbeordnung und dem § 152, der das Koalitionsrecht der Arbeiter festlegt, auch den berüchtigt gewordenen § 153. Er besteht heute noch und hat ein ungeheuerliches Strafkonto geschaffen.

Die Streikbewegung der siebziger Jahre — Streikbewegungen sind überdies nahezu immer der erste Anstoß zu Ausnahmegeetzen gegen die Arbeiter gewesen — zeitigte Unternehmereinlagen an den Reichstag. Aus diesen Bestrebungen wurde die Regierungsvorlage einer Revision der Gewerbeordnung geboren. Die sogenannte Novelle zur Gewerbeordnung drehte sich in Wirklichkeit um nichts weiter als eine Vervollständigung des Verzeichnisses strafbarer Handlungen Streikender und Streikposten Stehender und die hinausschiebung der Strafmöglichkeit auf ein halbes Jahr, gegenüber den drei Monaten des bestehenden Gesetzes.

Die Novelle wurde schon in der Kommission des Reichstages abgelehnt, der Reichstag schickte sie einstimmig in den Orkus!

Als die Gesetzesmaschine nicht funktionieren wollte, wie es die Arbeiterfeinde mochten, probierte man es mit dem Verwaltungsapparat. Der Staatsanwalt Tessendorf leitete die Kampagne gegen die Gewerkschaften durch eine fulminante Auflosungspraxis ein.

Der immer lebendiger werdenden sozialdemokratischen Arbeiterbewegung sollte dann die Strafgesetznovelle von 1875/76 ein anständiges Bein stellen. Aber niemand wollte im Reichstage darüber stolpern, einstimmig wurde sie abgelehnt.

Es kam die „große“ Zeit der Sozialistenhag. Am 11. Mai 1878 schoß Hübner, am 20. Mai hatte Bismarck schon sein „Gesetz zur Abwehr sozialdemokratischer Ausschreitungen“ in sieben Paragraphen fertig. Einen Paragraphen strich ihm schon der Bundesrat, die anderen sechs wollte der Reichstag nicht schlucken, am 24. Mai fiel der Entwurf. Am 2. Juni desselben Jahres schoß aber Nobiling, jetzt gatt's nicht mehr zu zögern, Reichstagsauflösung, neues, noch viel schärferes Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie in 22 Paragraphen und Annahme desselben jagten sich.

Unser Redner der damaligen sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Bracke, tat doch den Schuß ins Schwarze: „Wir pfeifen auf das Gesetz!“ Das Kern- und Treffwort fuhr den braven Reichstagspatrioten so in die Glieder, daß sie im ersten Augenblick vermeinten, es sei in der Form so unhöflich gewesen wie im Inhalte; der Präsident v. Forckenbeck schickte einen Schriftführer auf die Journalistentribüne, der den Berichtstatter einprägen mußte, Bracke habe nur auf das Gesetz „pfeifen“ — und nicht ganz etwas anderes wollen.

Das Sozialistengesetz herrschte in Deutschland, viermal verlängert, als Geißel über der Arbeiterbewegung. Ausweisungen erfolgten während seiner ganzen Geltungsdauer insgesamt 893, davon trafen fast zwei Drittel Verheiratete, 973 Kinder mußten so mit hüßen, was ihre Väter aus Überzeugung und gegen die Regierung getan. Druckschriftenverbote regneten während der ganzen Zeit, es sind im ganzen 1299 erlassen worden. Die Vereinsverbote trafen 17 Zentralgewerkschaften, 78 Lokalgewerkschaften, 23 Unterstützungsvereine, 106 politische und 108 sogenannte Bergnützungsvereine. An Gefängnisstrafen wurden rund 1000 Jahre ausgestellt, wozu noch etwa 600 Jahre zu rechnen sind, die in den schmählichen Majestätsbeleidigungsprozessen nach den 1878er Attentaten ausgesprochen wurden.

So steht die Bilanz des Sozialistengesetzes aus! Und wir fragen hier wieder: „Was hat's genützt?“

Dabei muß beachtet werden, daß das Sozialistengesetz Leuten vom Schlage des Puttkamer noch nicht einmal genützte. Sein berüchtigt gewordener Streik-erlaß von 1886, der „die Hydra, welche hinter jedem Streike lauert, und die Revolution heißt“ töten wollte, beweist das.

Im Jahre 1890 — das Sozialistengesetz war doch schon zu abgenutzt — kam v. Berlepsch mit seiner Gewerbeordnungs-novelle. Sie sollte mit der Verschärfung des Paragraphen 153 — Straferhöhung bis zu einem Jahre — den „froh“ ausblühenden und nicht kaputt zu bekommenden Gewerkschaften den Todesstoß versetzen, auch der bekannte Bußparagraph war sein Werk. Dem Unternehmer sollte damit bei plötzlicher Arbeitsaufgabe eine Geldbuße zugewendet werden, die durch die Arbeiter zu zahlen war, ohne daß irgend welche Schadenersatzklage eingeleitet zu werden brauchte. Zulezt mußte die Regierung doch im großen und ganzen mit ihrer unerledigt gebliebenen Vorlage wieder abziehen. Berlepsch erklärte aber gleich: Wir kommen wieder!

Und richtig, im Dezember 1894 ging dem Reichstage die sogenannte Umsturzvorlage zu. Es sollte mit ihr zugleich das Strafgesetzbuch, das Militärstrafgesetzbuch und das Gesetz über die Presse solch „anständige“ Verbesserungen erhalten, daß man hoffen konnte, alle Mittel in der Hand zu haben, die machtvoll aufwärts strebende Arbeiterbewegung endgültig erdroffeln zu können. Der Widerstreit der Parteinteressen, der Protest der öffentlichen Meinung wirkten aber doch, daß das Gesetz nach dreieinhalbmonatlicher Kommissionsberatung, im Mai 1895 abgelehnt wurde.

Jetzt griff die höchste Stelle des Deutschen Reiches, Wilhelm II. energisch ein. In Bielefeld erklärte er: „Rücksichtslose Niederwerfung jedes Umsturzes und die schwerste Strafe dem, der sich untersteht, einem Nebenmenschen, der arbeiten will, an freiwilliger Arbeit zu hindern.“ Damit noch nicht genug, unterstrich er dann das prompt gekommene Zuchthausgesetz 1896 in Deynhäusen mit den Worten: „daß jeder, der einen Arbeiter, der willig wäre zu arbeiten, daran zu hindern versucht, oder gar zu einem Streik anreizt, mit Zuchthaus bestraft“ werden soll.

Das Gesetz zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses (Zuchthausgesetz) wurde in der Session 1898/99 beraten. Es hob — nach dem Entwurfe — den § 153 der Gewerbeordnung auf und schaffte für die darin festgelegten Delikte und noch einige mehr, die Möglichkeit, mit bis zu fünf Jahren Zuchthaus zu strafen! November 1899 mußte das Gesetz doch fallen, der Reichstag nahm es nicht an.

Seitdem ist es durchaus nicht ruhiger geworden unter den Arbeiterfeinden. Petition um Petition, Eingabe auf Eingabe und Beschwerde über Beschwerde ist seitdem an die Regierung gegangen. Einmal hat man es ja auch noch auf dem Wege der Gesetzgebung versucht, der Gewerkschaftsbewegung Herr zu werden, nämlich durch das Gesetz betreffend die Rechtsfähigkeit der gewerblichen Berufsvereine, es ist auch nicht gelungen.

Und jetzt ist man wieder dabei, mit dem Strafgesetz der Arbeiterbewegung Stricke drehen zu wollen. Man hat also nichts gelernt und nichts vergessen. Nun, die Arbeiterbewegung wird sich zu wehren wissen, sie hat es, und wenn es auch Opfer über Opfer gekostet hat, stets verstanden, sie ist trotz und trogallebem in den vier Jahrzehnten des Bestehens deutscher „Einigkeit“ groß und stark geworden.

Mögen sich die Gewalthaber die Dinge noch etliche Male überlegen, wir sagen ihnen nichts weiter als die drei Wörtchen — und die mögen sie beantworten: Was hat's genützt?

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Scharfmacher in Rötten.

Die Führer der Scharfmacher hatten ganz zweifellos die Absicht, mit ihrem Austritt aus dem Hansabund die Industriellen mit sich zu reißen und damit den Hansabund zu sprengen. Die Sache kam aber anders, denn nur eine verhältnismäßig kleine Anzahl der verbissensten Scharfmacher leisteten dem Beispiel seiner Führer Folge. Dagegen ist dem Zentralverband der Industriellen eine andere Unannehmlichkeit entstanden und zwar dadurch, daß der Bund der Industriellen — der stets im Gegensatz zum Zentralverband gestanden, nunmehr ein Rundschreiben an die Mitglieder des Zentralverbandes erlassen hat, in welchem er zum Beitritt zum Bund auffordert. Der auffällige Umstand, daß in der letzten Zeit einzelne industrielle Gruppen dem Zentralverband den Rücken gekehrt haben, dürfte auf die Werbetätigkeit des Bundes der Industriellen zurückzuführen sein. Der vor wenigen Tagen noch so angriffs-lustige Zentralverband ist nun genötigt, zur Abwehr zu greifen und er macht dies in einem langen Schreiben,

das er den „Berliner Politischen Nachrichten“ des Herrn Viktor Schweinburg zur Veröffentlichung übermies. Das Hauptargument, das er gegen den Bund der Industriellen ins Feld führt, ist die Behauptung, daß der Bund niemals eine klare Stellung zu der Sozialgesetzgebung eingenommen habe. Die Zentralverbändler konstruieren daraus einen Gegensatz zur Industrie, die sich einmütig gegen die Verschärfung der Privatbeamten ausgesprochen habe. Der ganze Ton des Schreibens deutet an, daß den Scharfmachern nicht gerade allzuwohl zumute ist. Sie benutzen diese Gelegenheit auch, um gleichzeitig einige Bemerkungen zu machen zu der in Hannover stattgefundenen Konferenz von Geschäftsführern, der dem Zentralverband angeschlossenen Verbände. Es wird bestritten, daß in dieser Konferenz ein Plan zur Bekämpfung des Hansabundes ausgearbeitet werden sollte. In dieser Konferenz sei nur nach eingehender Ansprache konstatiert worden, daß der Zentralverband keinen Anlaß habe, seinen bisherigen Standpunkt in wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen zu ändern, der darauf hinausgeht, eine gemäßigtere Schutzpolitik, unter Abweisung übertriebener agrarischer Forderungen zu vertreten.

Unterdessen ist der Hansabund in Rheinland-Westfalen gegenwärtig in einer fieberhaften Tätigkeit begriffen und es gewinnt immer mehr den Anschein, daß die Austritte aus dem Hansabund in der Tat nur auf eine Anzahl der rheinisch-westfälischen Schlotbarone begrenzt bleiben werden.

Agrarischer Geschäftssinn.

Der Bund der Landwirte kann aus den Beiträgen seiner Mitglieder selbstredend weder sein Beamtenheer besolden noch auch die Kosten seiner umfassenden Agitation bestreiten. Die eigentlichen Geldquellen des Bundes der Landwirte sind in seinen wirtschaftlichen Unternehmungen zu suchen. Die Zuzahlung von Kallgeldern ist vor einigen Monaten der Öffentlichkeit bekannt geworden; der Bund bezieht ferner einen erheblichen Anteil aus den Überschüssen der „Deutschen Tageszeitung“. Außerdem existieren eine Anzahl „Verkaufsstellen“, die äußerlich mit dem Bund in keinerlei Zusammenhang zu stehen scheinen, die aber trotzdem dem Bund in irgend einer Form Zuzahlungen machen. Zu den größten Unternehmungen dieser Art gehört die in Berlin befindliche Verkaufsstelle, die man allgemein als das „Warenhaus des Bundes der Landwirte“ zu bezeichnen pflegt. Die bündlerische Presse leugnet natürlich dreist und gottesfürchtig ab, daß es sich dabei um Unternehmungen des Bundes der Landwirte handelt. So erzählt die „Deutsche Tageszeitung“ über das „Warenhaus des Bundes der Landwirte“:

„Zunächst macht der Bund der Landwirte als politischer Verein überhaupt keine Geschäfte, vielmehr ist die Verkaufsstelle“, die sich die Wahrnehmung wirtschaftlicher Vorteile für die Bundesmitglieder zur Aufgabe gestellt hat, eine selbständige Gesellschaft, die auf ausdrückliches Verlangen der Bundesmitglieder gegründet wurde. Die Verkaufsstelle des Bundes wie auch die sonstigen landwirtschaftlichen Ein- und Verkaufsgesellschaften ziehen nur solche Waren und Betriebsanlagen: künstliche Düngemittel, Futtermittel, Saatgetreide, Maschinen und landwirtschaftlich-technische Anlagen — in den Bereich ihrer Tätigkeit, die im allgemeinen nicht vom kleinen Kaufmann und Gewerbetreibenden geführt und vertrieben werden können oder für deren richtigen oder zweckmäßigen Einkauf bezw. Einrichtung die Vornahme von chemischen Prüfungen oder technischen Untersuchungen unerlässlich ist. Von einem „Warenhause“ ist also hier nicht im entferntesten die Rede.“

Es kommt aber ganz darauf an, wie man den Begriff Warenhaus definieren will. Tatsächlich ist die Verkaufsstelle des Bundes ein sehr umfangreicher Geschäftsbetrieb, der den kleinen Maschinenhändlern auf dem Lande die Existenz erheblich erschwert hat. Die Agrarier haben damit den Zwischenhandel ausgeschaltet und gleichzeitig der Bundeskasse eine neue Einnahmequelle erschlossen. Mit der von den Bündlern stets geheuchelten Mittelstandsfreundschaft ist dieses Verfahren freilich nicht in Einklang zu bringen.

Eine kitzliche Entscheidung.

Der Wahlkreisvorsitzende des deutschen Bauernbundes in Slogau hat beim preussischen Landwirtschaftsminister Beschwerde erhoben über die Zuzahlung von 2000 Mk. an den Wahlfonds des Bundes der Landwirte, aus den Mitteln des Slogauer Landwirtschaftlichen Kreisfonds. Der Beschwerdeführer beantragt, die Rückzahlung des Geldes anzuordnen. — Hoffentlich erfolgt die Entscheidung, auf die man mit Recht gespannt sein darf, noch vor den Reichstagswahlen.

Die neueste politische Lunte.

Die „Erfolge“ des Reichsverbands-Generals von Liebert auf dem politischen Kampfgebiete haben seinen Waffenbruder, den Generalleutnant z. D. v. Brochen,

ebenfalls starrer Reichsverbänder, anscheinend ange-
sporn, im politischen Leben ebenfalls eine Rolle zu spielen.
Bisher hat dieser inaktive General sich damit besaßt, in
konfessionellen Vereinen Vorträge über die Sozialdemokratie
zu halten. Das reiche Wissen, über das er auf diesem
Gebiet verfügt, hat er vorzugsweise aus den Schriften des
Reichsverbandes geschöpft. Auf militärischem Gebiete kann
er sich weitere Lorbeeren nicht mehr verdienen, vielleicht
hofft er, daß ihm solche in der Arena des politischen
Kampfes beschieden sein werden. Einstweilen hat man ihm
die konservative Reichstagskandidatur in einem hannover-
schen Wahlkreis übertragen. Zur Empfehlung dieser
Kandidatur ist besonders darauf hingewiesen worden, daß
der General mit Vorliebe ein Schlachtroß
geritten hat, das einem hannoverschen Ge-
schick entstammte. Damit war der enge Zusammen-
hang zwischen dem General und der Provinz Hannover
hergestellt und die Kandidatur mit dem Schein eines ge-
wissen engeren Zusammenhanges umgeben.

Dieser erste, geradezu verblüffende Erfolg hat den
General bereits zu weiteren Taten angespornt. In der
„Post“ tritt er dafür ein, daß die Ersatzreserven wieder
zu den militärischen Übungen eingezogen werden, um
auf diese Weise ein neues Schutzmittel gegen die Sozial-
demokratie zu gewinnen. Der General meint nämlich:

„Die Übungen der Ersatzreserve aber sind ein vortreff-
liches Mittel, jährlich tausende viele tausend Jünglinge
wenigstens für kurze Zeit durch die Schule des Heeres
gehen, den Geist der Pflicht, der Vaterlandsliebe, des Ge-
horsams und der Wehrtauglichkeit, der gottlob noch in der
Armeer herrscht, auf sie wirken zu lassen und sie dem un-
heilvollen Einfluß der Umstürzler zu entziehen. Dies ist
der Hauptgrund, weshalb ich für die unbedingte Erfüllung
der gesetzlich vorgesehenen Ausbildung der Ersatzre-
serve bin.“

Diese Ausbildung kostet natürlich Geld und nicht zu
wenig. Dem General v. Brochm macht das freilich die
geringste Sorge, er hat offenbar von den 117 Millionen
Mark gesehen, um die sich der Rechnungsabluß für 1910
günstiger stellt als angenommen worden war, und so
meint, daß das Reich nun aus dem vollen schöpfen
könne. Er schließt seinen Artikel nämlich mit den
grotesken Sätzen:

„Wenn unsere jammervolle bisherige Schuldenwirtschaft
zu einer die erlaubten Grenzen überschreitenden Sparsam-
keit geführt hat, so war es jedenfalls ein gefährliches Un-
recht, diese auch auf den Heeres-Etat anzuwenden. Wir
sind damit auf die gefährliche, bisher nur im Auslande
beobachtete Bahn geraten, daß etwas „auf dem Papier“
vorhanden ist, was in Wirklichkeit fehlt; daß eine die
Mehrzahl fördernde Bestimmung unausgeführt bleibt.
Das ist in Preußen neu! Jetzt sind wir aus dem Anleihe-
Geld heraus, vom nächsten Jahre ab werden unsere Finan-
zen glänzend sein; jetzt müssen wir erwarten, daß
unser Heeres-Etat unbedingt nur noch erlaubte Einschrän-
kungen sich auferlegt, und daß fortan der hochwichtigen
Posten für Ausbildung der übungspflichtigen Ersatz-
Reserven wieder in demselben erscheint.“

Wie begnügt uns ob dieses Übermaßes politischer
Weisheit, in Ehrfurcht erschauernd zu rufen: Hurra!
Hurra!

Kriegervereine gegen den „inneren Feind“.

Der Kreisriegerverband Quedlinburg wendet
sich in seinem Jahresbericht mit großer Energie gegen die
Behauptung, daß die Kriegervereine Politik treiben. Gleich
darauf fährt aber der Jahresbericht fort:

„Aber niemand kann es ihnen verwehren, wenn sie
gegen die Sozialdemokratie vorgehen und zur Zeit der
Wahlen ihre Mitglieder auffordern, einmütig gegen sie ihre
Stimmzettel abzugeben. Das zu tun, ist nicht nur ihr
gutes Recht, sondern die Erfüllung ihrer vaterländischen
Pflicht, die jedes einzelne Mitglied eines Kriegervereins
bei seinem Eintritt in diesen freiwillig übernommen hat.
Wie es jeden Soldaten Ehrenpflicht ist, den König und
das Vaterland gegen den äußeren Feind zu schützen und
zu verteidigen, so ist es jedes nationalgesinnten Mannes
und vor allen Dingen jedes alten Soldaten Ehrenpflicht,
den Kampf gegen den inneren Feind zu führen, der noch
weit gefährlicher ist als jener. Der äußere Feind stellt sich
zu ehrlichem Kampfe in offener, freier Schlacht und kämpft
mit ehrlichen Waffen. Des inneren Feindes Waffen aber
sind Falschheit und Hinterlist, Verleumdung und Lüge,
Waffen, die umso gefährlicher sind, als ihnen schwer be-
zukommen ist. Darum muß der Kampf der Kriegervereine
gegen die Umstürzpartei ununterbrochen und mit Nachdruck
geführt werden, und darum ist es die Pflicht jedes einzelnen
Mitgliedes, bei den Wahlen seinen Stimmzettel gegen die
Umstürzpartei abzugeben.“

Der „Krieger“, das amtliche Organ der Krieger-
vereine, bringt diese famose Auslegung an leitender Stelle,
vermutlich, dar- sich die anderen Kreisverbände danach
richten. Aber den Vorwurf der Falschheit und Hinterlist,
der Verleumdung und Lüge mit verbohnten Kriegervereinen
zu rechten, hat keinen Sinn. Aber die Kriegervereine,
als unter amtlicher Aufsicht stehende Vereine, dürften im-
merhin gut tun, sich bei den kommenden Wahlen etwas
vorsichtig zu halten. Die Wahlprüfungskommission des
Reichstags war im vorigen Jahre ernstlich daran, eine
Wahl für ungültig zu erklären, weil in dem Eingreifen
der Kriegervereine eine amtliche Wahlbeeinflussung zu er-
blicken sei. Der künftige Reichstag wird bestimmt anders
zusammengesetzt sein und es könnte einem Erkorenen der
Kriegervereine dann recht leicht passieren, daß er aus dem
Reichstag wieder herausfliegt, sobald festgestellt wird, daß
sich die „Krieger“ etwa allzu eifrig am Kampfe beteiligt
haben.

Eine abermalige Besprechung der Diplomaten in der Marokkofrage.

Der französische Botschafter Jules Cambon soll
dem Staatssekretär des Äußern von Riederlen-
Wächter abermals einen Besuch abgestattet haben.
Die Besprechung zwischen beiden soll von längerer Dauer
gewesen sein.

Deutsche Interessen verletzt.

Aus der Stadt Thorn wird heute gemeldet: Ein
Thornener Bergungsdampfer machte am Sonntag einen
Ausflug nach dem russischen Badeort Tschoc-
cinok und blieb in der Nähe der russischen
Grenze auf einer Sandbank sitzen. Als die Fahrgäste
das Land betreten wollten, wurden von russischen
Grenzsoldaten mehrere Schüsse abgegeben.

Der Ausflugsteller, Pfarrer Gollnick, ließ sich an Land
bringen, um mit dem Offizier der Grenzwache zu ver-
handeln, jedoch wurde die Weiterfahrt des Dampfers und
auch das Überschreiten der Grenze zu Fuß untersagt, weil
der Dampfer nicht gemeldet sei und um 3 Uhr die Grenze
geschlossen werde. Als trotzdem der Versuch gemacht
wurde, die Grenze zu überschreiten, wurde etwa si e b e n-
m a l, a n g e b l i c h s c h a r f, g e s c h o s s e n.

Hier haben wir wiederum ein drastisches Beispiel von
der „freundnachbarlichen Art“, wie die Russen mit Deut-
schen umspringen. Fast in regelmäßigen Zwischenräumen
wiederholen sich diese Schiebereien, denen oft genug Men-
schenleben zum Opfer fallen. Und was geschieht? Nichts,
oder so gut wie nichts! Es werden in Petersburg die
üblichen „Vorstellungen erhoben“, und damit ist die Sache
erledigt, wenn nicht etwa für die schuldigen Offiziere noch
eine Beförderung herauspringt. Sicherlich, hier wäre
es angezeit, die deutschen Interessen gegen die unvor-
sichtigen Vandalen des Zaren zu schützen. Aber während
man noch nach Marokko, wo gar kein Deutscher geschädigt
wurde, Kriegsschiffe schickte, wird man die neuesten Nord-
versuche der russischen Grenzstrolche hinnehmen, wie so
viele andere Gewaltstrolche.

Das Reichsviehseuchengesetz

soll im Frühjahr des nächsten Jahres in Kraft gesetzt
werden, nachdem das preußische Ausführungsgesetz vom Land-
tage noch kurz vor Schluß der Session verabschiedet wor-
den war. Bei Inkrafttreten des Gesetzes werden beinahe
drei Jahre verfließen sein, seit der Annahme dieses Gesetzes
durch den Reichstag. Die Ausarbeitung der Ausführungs-
gesetze für die einzelnen Bundesstaaten hat diese lange
Zeit in Anspruch genommen. Im Herbst wird auch der
Bundesrat die Ausführungsbestimmungen zum Reichs-
viehseuchengesetz festlegen, nachdem die befragten Organi-
sationen ihr Gutachten im Laufe des Frühjahrs abgegeben
hatten.

Der Kampf gegen den Hansabund.

Die unter dem Einfluß des Kommerzienrats Baare
stehende Handelskammer in Bochum hat sich mit den
aus dem Hansabund ausgeschiedenen Scharfmachern soli-
dariatlich erklärt. Etwas anderes hat bei dieser Handels-
kammer kein Mensch erwarten können. Einiges Interesse
bietet aber die Begründung, die die erwähnte Handels-
kammer für ihr Verhalten gibt. Nach einer Meldung der
Scherl-Prese wird nämlich begründend gesagt:

„Die Handelskammer ist mit den aus dem Hansabund
ausgetretenen Mitgliedern des Ausschusses der niederrhein-
isch-westfälischen Bezirksgruppe des Hansabundes der An-
sicht, daß die Leitung des Hansabundes durch ihre ein-
seitige Bekämpfung aller rechtsstehenden Elemente die
mittlere Linie verlassen hat, auf der allein ein gedeihliches
Zusammenwirken der im Hansabund vereinigten Gewerbe-
stände und Berufsstände erhofft werden konnte. Des
weiteren gibt die Tatsache, daß der Hansabund jede ent-
scheidende Stellungnahme gegenüber der Sozialdemokratie
ablehnt, zu Besorgnissen Anlaß.“

Dabei hat der Präsident des Hansabundes, Geheim-
rat Kießer, ausdrücklich erklärt, daß der Hansabund
bei den Wahlen jede bürgerliche Partei unterstützen werde,
aber — so fügte er hinzu — die Sozialdemokratie rechne
er nicht zu den bürgerlichen Parteien. — Wir sind uns
auch nie einen Moment darüber im Zweifel gewesen, daß
das Geld des Hansabundes bei der Bekämpfung der
Sozialdemokratie im kommenden Wahlkampf eine recht
erhebliche Rolle spielen wird. Zunächst deshalb, weil der
Hansabund nicht direkt eine Filiale des Reichsverbandes
werden wollte und dann, weil Schlotbarone und Junker
das gemeinsame Interesse haben, noch höhere Schutzgölle
zu bekommen, ist der Feldzug gegen den Hansabund insze-
niert worden.

Der Entwurf eines Petroleummonopols

soll dem im nächsten Jahre zusammentretenden Reichs-
tag vom Bundesrat vorgelegt werden. Bei den
diesjährigen Staatsberatungen wurde im Reichstag schon
beantragt, im Interesse der deutschen Konsumenten ein
Verkaufsmonopol für Petroleum zu schaffen. Der Kampf
zwischen dem amerikanischen und österreichischen Petroleum
hat im letzten Jahre Formen angenommen, die die Reichs-
regierung zwingen, einzuschreiten. Da die Befürchtung be-
steht, daß die Amerikaner den Petroleummarkt völlig be-
herrschen und dem deutschen Nationalvermögen dadurch
große Schädigungen drohen, soll ein Reichspetroleum-
monopol vorgeschlagen werden.

Ein Unterschluß für Waffermann.

Herr Waffermann ist mit Mühe und Not im
Wahlkreise Saarbrücken für die kommende Reichs-
tagwahl aufgestellt worden. Die Situation für ihn hat
sich aber ganz wesentlich verschlechtert durch die Differen-
zen, die zwischen dem Zentralverband Deutscher Indus-
trieller und dem Hansabund ausgebrochen sind. Die
Nationalliberalen fürchten, daß ihr Führer unter diesen
Umständen einen glänzenden Durchfall erleiden könnte.
Der „Hannoversche Kurier“ empfiehlt deshalb, Herrn
Waffermann im Wahlkreise Guben auszustellen, der
durch den Rücktritt des Prinzen Schönau-Carol-
lath frei wird und der für die Nationalliberalen immer-
hin noch einige sichere Aussichten bietet.

Die Freude der badischen Regierung.

Für die Großblockschwärmer und die Lobredner des
„freieren Geistes“ Süddeutschlands muß es sehr wenig
erbaulich sein, was die amtliche „Karlsruher Zeitung“
— zwar nicht in ihrem offiziellen Teil, aber doch wohl
im Eimernehmen mit maßgebenden Regierungsstellen —
schreibt:

„Dem Ergebnis hat man in Baden mit großer
Spannung und verschiedenlich mit der Beforgnis ent-
gegengegesehen, daß die Sechstelung in Verbindung mit der
Verhältnismahl eine bedrohliche Stärkung der Sozial-
demokratie zur Folge haben werde. Abgesehen von Frei-
burg, wo sie eine ihrer Wählerzahl entsprechende stärkere
Vertretung im Stadtverordnetenkollegium erhalten hat, ist
es in Karlsruhe und Pforzheim sowie in einigen
größeren Landgemeinden, in denen bisher Wahlen statt-
gefunden haben, gelungen, die Sozialdemo-
kratie zum Teil ganz erheblich zurückzu-
drängen. Dieses Ergebnis wird wohl mit auf den
Umstand zurückzuführen sein, daß die Ausschüß, eine der

Wählerzahl entsprechende Vertretung in den Gemeinde-
kollegien zu erhalten, namentlich in bürgerlichen Kreisen
eine viel größere Wahlbeteiligung entfacht hat, als sie bis-
her bei Gemeindevahlen zu beobachten war. Der Vorzug
des neuen Wahlgesetzes dürfte aber nach den bisherigen
Erfahrungen vor allem darin bestehen, daß die ausschließ-
liche Beherrschung einzelner Klassen, darunter besonders
der dritten und zuweilen auch der zweiten Wählerklasse
durch eine Partei, wie sie bisher vielfach bestand
und in der Folge in erhöhtem Maße zu befürchten
gewesen wäre, für die Zukunft wohl endgültig beseitigt ist.
Diese sicherlich erfreuliche Wirkung des neuen Wahlgesetzes
kann in ihrer Bedeutung auch durch die weitere Folge der
Verhältnismahl nicht nennenswert beeinträchtigt werden,
daß nämlich die Sozialdemokratie nun auch in die Ge-
meindevertretung und Gemeindeverwaltung derjenigen Ge-
meinden Einzug halten wird, in denen sie bisher von der
Teilmahlnahme an den Gemeindegewählten so gut wie ausge-
schlossen war. Denn die Gemeindevertretung und ihr ent-
sprechend auch die Gemeindeverwaltung soll gewissermaßen
ein Spiegelbild der in einem Gemeinwesen lebendigen
Kräfte und Anschauungen sein, und es ist deshalb dem
gemeinen Wohl ohne Zweifel förderlicher, wenn solche zur
Mitarbeit bereiten Kräfte an berufener Stelle mit ihren
Anschauungen zu Wort kommen, als wenn sie sich in einer
durch keine eigene Verantwortung gezügelten und darum
unfruchtbarer Kritik erschöpfen.“

Trotz des Großblocks geht also gewissermaßen die
Politik der Regierung darauf aus, den Einfluß der Sozial-
demokratie zu schwächen, und es wird triumphierend ver-
kündet, wenn dies mit Hilfe eines unter Mitwirkung der
sozialdemokratischen Landtagsfraktion geschaffenen Gesetzes
gelingen ist. Derartige Kundgebungen sollten schließlich
auch enthusiastische Schwärmer für die Harmonie bedenk-
lich machen.

Osterreich-Ungarn.

Die Folgen des gelungenen Wahlfeldzuges.

Die Vorstände des sozialdemokratischen Klubs sind in
Wien nach der „Österr. Arbeiterzeitung“ für Donnerstag
vom Ministerpräsidenten zu einer Besprechung
eingeladen. Von den deutschen Sozialdemokraten werden
Bernstorfer, Adler und Seig erscheinen, die Polen wer-
den durch Diamand, die Italiener durch Vittoni vertreten
sein, der tschechische Klub hat Nemec, Tomasek und
Schmeral bestimmt. — Wenn das in Preußen passieren
würde, dann müßte der betr. Ministerpräsident sofort sein
Bündel schnüren.

Frankreich.

Sturm in der Kammer. Schon seit mehreren Ta-
gen versuchen unsere Genossen in der Kammer, die Regie-
rung zur Erfüllung der feinerzeit gegebenen Versprechun-
gen betr. die gemäßigten Eisenbahner zu zwingen. Die
Regierung widerlegte sich dem und fand hierbei die Unter-
stützung der Radikalen. Das rief mit Recht eine große
Erregung unter unseren Genossen hervor. Dienstag brachte
nun Jaures den Antrag ein betreffend die Einrichtung
eines Disziplinarrates für Absetzung von
Eisenbahnangeestellten. Sogleich brach ein heftiger
Lärm los. Darauf verließ Jaures die
Tribüne mit der Erklärung: Solange die
Radikalen nicht den Antrag der Sozial-
listen beschreiben wollen, werden sie ihr
Budget nicht bekommen. (Bewegung.) Jaures
beirat dann die Tribüne wieder und erklärte, sein Antrag
würde es ermöglichen, aus der Verlegenheit herauszukom-
men, in der sich die Radikalen in bezug auf die Wieder-
einstellung der entlassenen Eisenbahnbeamten befänden.
Der Ministerpräsident erwiderte, er widersehe sich
der Überweisung des Antrages an eine
Kommission nicht, aber er könne nicht zulassen,
daß die Kammer einen Antrag annehme, dessen Knappheit
schon eine Gefahr bedeute. Schließlich stellte der Minister-
präsident die Vertrauensfrage in bezug auf die Überwei-
sung an eine Kommission. Die Überweisung wurde mit
429 gegen 89 Stimmen angenommen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 18. Juli.

Der Streik der Tapezierer ist noch nicht beendet.
Zuzug ist streng fernzuhalten.

Die Streikleitung.

Achtung Maler! Bei der Firma W. Niset in
Schlutup sind die Kollegen in den Streik getreten. Zu-
zug nach dort ist strengstens fernzuhalten.

Achtung, Maurer und Hilfsarbeiter! Aber die Ar-
beiten des Unternehmers Beth in Badendorf ist wegen
Nichtanerkennung des Tarifs die Sperre verhängt.

Die Zweigvereinsleitung.

Die nächste Versammlung der Bürgerchaft findet ver-
fassungsgemäß am zweiten Volkstesttag, vormittags 10 Uhr,
statt. Auf der Tagesordnung steht: I. Mitteilungen des Sen-
ates. II. Rückäußerung des Senates zu den Beschlüssen der
Bürgerchaft über 1. den Senatsantrag vom 7. Juni ds. Js.,
betreffend Aufbesserung der Bezüge der Bureauhilfsarbeiter,
2. den Senatsantrag vom 28. Juni ds. Js., betreffend den
Bau einer Straßenbahn Lübeck-Schwartau. III. Bes-
prechung des Berichtes der Sektion für die Straßenbahn-
betr. Einführung von Zeitfahrkarten bzw. deren Beibehal-
tung auf der sog. Marktahn.

Zum Volksfest erläßt das Polizeiamt folgende Be-
kannmachung: Für Sonntag, den 16. Juli d. J. erläßt
das Polizeiamt auf Grund der §§ 55 a und 105 b Abs. 2
und 105 c Abs. 1 der Reichsgewerbeordnung für den Han-
delsverkehr in der Stadt und den Vorstädten die nachstehen-
den Anordnungen: 1. Auf dem Festplatz ist das
Feilbieten von Backwaren, Obst und sonstigen Lebensmitteln,
von Blumen, geringwertigen Gebrauchsgegenständen, Er-
innerungsgegenständen und ähnlichen Gegenständen von mittags
12 Uhr an gestattet. 2. In der Stadt und den
Vorstädten außerhalb des Festplatzes ist außer
den allgemeinen freigegebenen Stunden der Gewerbebetrieb
in offenen Verkaufsstellen für die Nachmittagsstunden von 1
bis 6 Uhr zugelassen.

Schnur vor langen Spinnadeln! Nachdem auch hier dar-
über Klage geführt worden ist, daß durch die von vielen
Damen benutzten langen Spinnadeln, deren Spitzen über den
Gutrand hinaustragen, die Passanten auf der Straße erheb-
lich gefährdet werden, wird auf Grund des § 82 der Stra-
ßenpolizeiordnung vom 11. Februar 1880

solche Hutnadeln tragen, eingeschritten werden. Gleichzeitig wird bekannt gemacht, daß die Direktion der hiesigen Straßenbahn ihre Angestellten angewiesen hat, Damen mit vorliegendem ungehörigen Hutnadeln, die die Straßenbahn benutzen, zu ersuchen, ihre Hutnadeln zu verwahren und falls dem nicht entprochen wird, sie auf Grund des § 17 der Verordnung, betreffend den Betrieb der Lübecker Straßenbahnen, von der Beförderung auf der Straßenbahn auszuschließen.

Nichtteilige Massen-drucksachen. Die Massen-drucksachen und ihre stetig steigende Flut haben die Post in den letzten Jahren genötigt, diese besonders zu befördern, um die übrige Briefpost nicht zu behindern und zu verzögern. Man hat verschiedene besondere Einrichtungen für die Bearbeitung dieser Drucksachen getroffen. Die neuen Bestimmungen darüber sind jetzt zusammengefaßt ergänzt und in die Dienst-anweisung aufgenommen worden. Die nichtteiligen Massen-drucksachen, so heißt es darin nach der Urzeitung, werden besonders behandelt. Als solche gelten Drucksachen, von denen wenigstens etwa 100 Stück von einem Absender auf einmal aufgegeben werden und an deren schneller Beförderung offenbar ein besonderes Interesse nicht besteht. Für die Massen-drucksachen hat man besondere Drucksachen-Verteilungsstellen eingerichtet. Diese dienen für ein bestimmtes Gebiet als Sammel- und Verteilungsstelle. Die Massen-drucksachen werden im allgemeinen nicht den Bahnposten, sondern jenen Verteilungsstellen zugeführt, soweit sie nicht in die Briefpostbände aufgenommen werden. Massen-drucksachen für den nächsten Umkreis des Aufgabebereiches würden durch Umleitung über die Verteilungsstelle unerbittlich grobe Verzögerungen erleiden. Sie werden deshalb bestimmten Bahnposten zugeführt. Vereinte nichtteilige Drucksachen und Warenproben werden nach den Vorschriften für Massen-drucksachen behandelt, wenn sie den Voraussetzungen für Massen-drucksachen entsprechen. Nichtteilige Drucksachen in geringeren Mengen werden wie bisher den Bahnposten zur Einzelumarbeitung zugeführt. Bei besonders stark belasteten Bahnposten kann die Zuführung von Drucksachen überhaupt ausgeschlossen werden. Die Drucksachen-Verteilungsstellen sind angewiesen, die Bearbeitung der Massen-drucksachen tunlichst zu beschleunigen. Die vormittags ankommenden Sendungen müssen spätestens nachts, die nachmittags, abends und nachts ankommenden Sendungen bis zum nächsten Abend aufgearbeitet werden. Im allgemeinen werden sie zweimal täglich abgeschickt und mit der schnellsten für nichtteilige Drucksachen sich darbietenden Gelegenheit befördert. Eilige Drucksachen werden nach wie vor so schnell wie diese befördert.

Eine neue Krankheit, die Satinholzkrankheit. Mit einer neuen Krankheit beschäftigen sich jetzt die Behörden. Man nennt sie Satinholzkrankheit, genauer Satinholzerkrankung. Sie ist eine Gewerkrankheit, die man unter den Arbeitern der Tischlereien und Sägewerke findet. Die Krankheit entsteht nach der Urzeitung durch die Wirkung des Staubes gewisser Hölzer. Von den inländischen Holzarten scheinen aber nur wenige, von den ausländischen dagegen verhältnismäßig viele gesundheitschädlich zu sein. Mit der zunehmenden Verarbeitung fremder Hölzer kommt auch diese Hautkrankheit häufiger vor. Der Reichskanzler hatte das Gesundheitsamt mit einem Gutachten über die Krankheit beauftragt. Dieses ist jetzt den Regierungspräsidenten und dem Polizeipräsidenten in Berlin mitgeteilt worden. Man hat die Krankheit besonders in England, aber auch in Österreich und in Deutschland beobachtet. Der Staub erzeugt eine Entzündung der Haut, mitunter auch eine entzündliche Reizung der Schleimhaut der Atmungs- oder Verdauungswege oder der Bindehaut der Augen. Zu den Holzarten, die die Krankheit verursachen, gehören das Satinholz aus Ostindien und Jamaika, westindisches und westafrikanisches Mahagoniholz, Rosenholz, afrikanischer Buchsbaum, ostindisches Teakholz, Satin- oder Atlasholz aus Guyana, Satin- oder Atlasholz von den Antillen, Ebenholz von Afrika und von den Molukken sowie Marakaba-Buchsbaum. Aber nicht alle Personen, die mit der Verarbeitung solcher Hölzer zu tun haben, erkranken, sondern nur solche mit einer besonderen Empfindlichkeit gegen die in den Hölzern enthaltenen Stoffe.

Militaria. Das Kriegsgericht der 17. Division in Schwerin verhandelte gegen den vielfach vorbestraften Musiker Ucker von der 5. Kompagnie des hiesigen Regiments wegen Diebstahls und Nichtigungsverletzung. U. hat im vorigen Monat einem Kameraden ein Paar Strümpfe entwendet und ferner den Stubenältesten schwer beleidigt. Diese Missetaten soll er mit 3 1/2 Monaten Gefängnis und Verweisung in die 2. Klasse des Soldatenstandes büßen.

Doppel-Badeanstalt Falkenwieje. Die Temperatur betrug am 12. Juli, morgens 6 Uhr: Wasser 20, Luft 20; morgens 10 Uhr: Wasser 21, Luft 25; mittags 12 Uhr: Wasser 21, Luft 28; abends 8 Uhr: Wasser 22 1/2, Luft 26 Grad Celsius. Zahl der Badenden: etwa 2000 männliche (darunter — Klasse mit — Schülern) und 2000 weibliche Personen.

pb. Fahrraddiebstahl. In der Nacht vom 11. zum 12. d. Mts. ist aus dem Hause Langer Lohberg 1 ein Fahrrad Marke „Kontinental“ mit schwarzem Gestell, ebensolchen Felgen, nach oben gebogener Lenkstange und einer Glocke mit der Firma „D. Benthien“ abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. Am Hinterrade fehlt eine Speiche, der hintere Mantel trägt die Marke „Kontinental“. Die Speichen sind stark verrostet.

pb. Diebstahl. Einem Schiffsjungen ist am 10. d. Mts. morgens gegen 7 Uhr ein grauer Saak, gez.: „S. E. Sitta“ mit folgenden Gegenständen abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden: 1 Blanzug, 1 Paar Seetiefel, eine rote Steppdecke, eine graue wollene Decke, 1 rotes Kopfschiff, 2 Kopfschiffenbesätze, 1 Keilschiff, 1 blauer leinener Arbeitsanzug, 4 Paar graue Strümpfe gez. K. F., 2 weiße leinene Hemden gez. K. F., 2 Paar weiße leinene Hemden gez. K. F., 2 Trikot-Unterhosen gez. K. F., 3 weiße Vorhemden mit Kragen, 2 Marineblusen, eine Pfeife und etwas Fußzeug.

Stadttheater - Theater. Man schreibt uns: Am Freitag wird „Der Volksfeind“ von Henrik Ibsen nochmals aufgeführt. Hoffentlich erfährt das geniale Werk des großen Meisters eine bessere Beteiligung, wie bei der Erstausführung. Vielfachen Wünschen nachkommend ist für Sonnabend ein vollständiger Operetten-Abend zu kleinen Preisen, 75 und 50 Pfg. in Aussicht genommen. Zur Darstellung gelangt die reizende Offenbach'sche Operette „Die schöne Helena“ mit dem Gait Fritz Redwig als „Paris“. In der großen Doppel-Vorstellung am Sonntag gelangen die beiden Lustspiele von Blumenthal und Rabelburg: „Im weißen Rössl“ und die Fortsetzung: „Als ich wieder kam“ zur Aufführung. Montag bleibt das Theater wegen Vorbereitung zu: „Der Obersteiger“ geschlossen.

Schwartau. Beim Baden ertrunken ist gestern mittag gegen 12 1/2 Uhr der hier wohnhafte Bahnarbeiter Johannes Bock. Der Ertrunkene, der in Gemeinschaft mit einem Kollegen in der Trave badete, wurde anscheinend im Wasser von einem Herzschlag betroffen. Er ist verheiratet. Die Leiche ist bis jetzt noch nicht gefunden worden.

Hamburg. Verhandlungen im Holzgewerbe abermals gescheitert. Wie wir schon mitteilten, waren für den 7. Juli durch den Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. Engel Verhandlungen in die Wege geleitet. Dieselben müssen wiederum als gescheitert betrachtet werden. Die Arbeitervertreter gaben dort folgende Erklärung ab:

„Die Arbeitervertreter erklären sich zu der Frage, den zu errichtenden paritätischen Arbeitsnachweis der Patriottischen Gesellschaft zu unterstellen, grundsätzlich zustimmend, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt werden: Im Regulate des Nachweises muß berücksichtigt werden a) daß der Arbeitsnachweis als Bestandteil des Vertrages gilt und obligatorisch ist; b) daß die Arbeitsvermittler von den beiderseitigen Organisationen gestellt und aus Fachkreisen entnommen werden; c) daß in der Aufsichtskommission des Nachweises die beiderseitigen Parteien gleich stark vertreten sind, unter einem von der Patriottischen Gesellschaft zu stellenden Vorsitzenden.“

In einer Versammlung der Unternehmer meinte die Leitung des Arbeitgeber-Schutzverbandes, daß sie nicht in der Lage sei, auf Grund der von den Vertretern des Holzarbeiterverbandes gemachten Vorschläge weiter verhandeln zu können, und daß darum der Arbeitgeber-Schutzverband die Verhandlungen als gescheitert betrachten müsse. In den Reihen der Unternehmer herrscht über diesen Standpunkt des Arbeitgeber-Schutzverbandes begreifliche Aufregung. Die Zahl derjenigen, die den Kampf nicht mehr mitmachen wollen, ist um ein weiteres Duzend gestiegen. In der Versammlung des Arbeitgeber-Schutzverbandes wurde allerdings gegen wenige Stimmen beschlossen, den Kampf mit allen Mitteln fortzusetzen, nachdem Herr Wolfsonn gegen diejenigen gewütet hatte, die den Standpunkt des Arbeitgeber-Schutzverbandes nicht teilen. Der Kampf wird also auf beiden Seiten vorläufig noch mit aller Entschiedenheit fortgesetzt, doch ist zu erwarten, daß die Reihen der Unternehmer sich auch weiter ganz bedenklich lichten werden, während die Geschlossenheit der Arbeiter nicht zu wünschen übrig läßt. Nachdem schon vor einigen Wochen der Arbeitgeber-Schutzverband in den Hamburger bürgerlichen Zeitungen eine Belohnung ausgesetzt hatte für diejenigen, die Personen zur Anzeige bringen, die die lieben Arbeitswilligen belästigen, erläßt jetzt der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie folgenden Aufruf in den Hamburger Blättern:

„Die Mißhandlungen Arbeitswilliger auf offener Straße durch Streikende nehmen in letzter Zeit immer größeren Umfang an. Leider ist es bisher nur selten gelungen, die Namen dieser Streikenden festzustellen, wie wiederum bei dem Überfall in der Alsterstraße am 30. Juni, 6 Uhr morgens, wo zwei Arbeitswillige in schwerster Weise mißhandelt worden sind. Wir sehen daher für denjenigen, der uns einen der bei diesem Überfall beteiligten Übeltäter derart namhaft macht, daß seine gerichtliche Bestrafung herbeigeführt wird, eine Belohnung von 100 Mk. aus. Gleichzeitig fordern wir die hamburgische Bevölkerung auf, sich künftig an der Festnahme derartiger Übeltäter tatkräftig zu beteiligen.“

Glockengießerwall 2, II Wallhof.
Hamburgischer Verband
zur Bekämpfung der Sozialdemokratie.“

Die Holzarbeiter sind empört darüber, daß man ihnen alle möglichen Rohheiten andichtet! In Wirklichkeit ist ein Kampf mit solcher Ruhe selten geführt worden, wie das in Hamburg gegenwärtig der Fall ist. Die unwahren Behauptungen, die immer wieder über Mißhandlungen Arbeitswilliger in den Hamburger Nachrichten aufgestellt worden sind, sind beweislos geblieben und entspricht es ganz den Äußerungen des Reichsverbandes, wenn man in solcher Weise versucht, die Öffentlichkeit gegen die Streikenden einzunehmen. Die Holzarbeiter werden sich hierdurch nicht beirren lassen, sie führen den Kampf mit aller Entschiedenheit weiter. Doch bitten sie die deutsche Arbeiterschaft dringend, auch ferner den Zuzug nach Hamburg fernzuhalten.

Reumünster. Lieber in den Tod als in die „Fürsorge“ anstatt. Der Fürsorgezögling Meyer, der in Glückstadt eine Strafe verbüßt hatte, sollte nach der Fürsorgeanstalt Falkenhof zurücktransportiert werden. M., der gefesselt war, sprang über die Geleise hinweg und entging dabei nur mit knapper Not der Gefahr, von einem zweiten Zuge zermalmt zu werden. Dann sprang er eine 10 Fuß hohe Mauer hinab und lief nach der Kaserne der 188er. Dort gelang es nach toller Jagd, den Zögling wieder einzufangen.

Elmsborn. Die lieben Arbeitswilligen. Die „Elmsborn Nachr.“ berichten: „Überfallen und mißhandelt wurde gestern mittag in der Mühlenstraße der Betriebsleiter der Kruse'schen Leberfabrik, Urbanowitz, von einem fremden früheren Arbeitswilligen. U. war schon eine Zeitlang von dem Fremden verfolgt und belästigt worden. Vor Mangel's Hotel kam der Arbeitswillige, der den Betriebsleiter mit Füßen stieß, zu Fall, währenddessen flüchtete U. in das Restaurant. Nachdem sich der Fremde entfernt hatte, begab sich der Betriebsleiter zum Bahnhof, um nach Hamburg zu fahren. Gleich darauf stellte sich auch der Arbeitswillige wieder ein und löste gleichfalls eine Fahrkarte nach Hamburg. Auf dem Bahnhof begab sich U. bis zur Abfahrt des Zuges in den Schutz der Angestellten, weil er auch hier von dem Fremden bedroht wurde. Allgemeine Verwunderung herrschte im Publikum darüber, daß der bedrängte Betriebsleiter keinen polizeilichen Schutz herbeirief. Scheinbar und wahrscheinlich liegt die Ursache dieses Überfalles in Differenzen, die zwischen dem Betriebsleiter und dem früheren Arbeitswilligen vorgefallen sind.“ Der Betriebsleiter wird wohl genügt haben, daß die lieben Arbeitswilligen unter dem besonderen Schutz der Polizei stehen, und hat wohl aus diesem Grunde davon abgesehen, die Polizei gegen die Arbeitswilligen aufzurufen.

Güstrow. Ein aufsehenerregender Prozeß. Am Dienstag begann hier der Prozeß gegen die Gebrüder Saß-Brunshaupten wegen Konkursverbrechen. Angeklagt sind der Hotelbesitzer August Saß und dessen Ehefrau, der Bauunternehmer, früherer Hotelbesitzer Wilhelm Saß nebst Ehefrau, sowie der Kaufmann Heinrich Könnfeldt-Brunshaupten und der Hausdiener Friedrich Glöde-Altendsee. Nachdem die Brüder im Jahre 1908/07 das Kurhaus in Brunshaupten gebaut hatten, ließen sie im darauffolgenden Jahre das Hotel Europäischer Hof in Rostock errichten. Sie gerieten aber bald in Zahlungschwierigkeiten, die schließlich zur Zwangsversteigerung des Kurhauses, des Hotels und der Villa führten, wobei zahlreiche Gläubiger empfindlichen Schaden erlitten. Bald stellte es sich auch heraus, daß von den Gebrüdern allerlei Manipulationen unternommen worden waren, um entweder ihren finanziellen Zusammenbruch aufzuhalten oder aus ihm soviel wie möglich zu retten. Auf Grund der angestellten Ermittlungen erfolgte am 5. Mai 1910 die Verhaftung der beiden Brüder, der sich am 8. Mai desselben Jahres diejenige des Kaufmanns Könnfeldt in Brunshaupten anschloß. Dieser wurde aber am 16. Juni 1910 gegen Stellung einer Kaution wieder auf freien Fuß gesetzt. Den Gebrüdern Saß wurde zum Vorwurf gemacht, daß sie durch allerlei erdichtete Rechtsgeschäfte, Verträge und Scheidungen ihre Gläubiger benachteiligt hätten. Die übrigen Mitangeklagten sollen ihnen Beihilfe geleistet haben. Der Prozeß wird 4-5 Tage dauern.

Bremen. Scherer Unglücksfall. Gestern nachmittag gegen 3 1/2 Uhr ereignete sich im Maschinenraum der Baumwollbohrer ein Unglück. Von dem Schwungrad einer Dynamomaschine floß der Treibriemen ab. Dadurch wirkte der volle Druck des Dampfzuges auf die Maschine. Infolge des enormen Drucks schlug das Schwungrad aus seiner Achse; die eisernen Speichen durchdrangen die Decke des Raumes und richteten größere Verwüstungen an. Von den umherfliegenden Stenteilen wurden zwei in dem Raume beschädigte Maschinisten getroffen, von denen einer, der Maschinist Schmidt, getötet und der andere schwer verletzt wurde.

Norderney. Ein Besuch Wilhelms II. auf Norderney und seine Folgen. Dem „Nordb. Volksblatt“ wird geschrieben: Bei der Insel Norderney baggert man seit einigen Jahren alljährlich die Fahrlinie zur Anlegestelle aus, obwohl diese Arbeit durch die nächsten Fluten bald wieder zunichte gemacht wird. Aber die Ursache dieser Sisyphusarbeit, die dem deutschen Steuerzahler viel Geld kostet, erzählt man sich auf Norderney folgendes: Bekanntlich dient die schöne Nordseeinsel Norderney dem Fürsten Bülow, Reichskanzler a. D., alljährlich zum kurzen Badeaufenthalt. Als demselben noch die Gnadensonne seiner Majestät leuchtete, im Jahre 1906, als er auf dem „Gipfel seines Ruhmes“ angelangt war, begab es sich, daß Majestät seinem lieben Bernhart auf Norderney einen Besuch abstattete. Wilhelm II. benutzte zu seiner Fahrt nach Norderney das Torpedoboot „Sleipner“. Als das Boot Norderney anlaufen wollte, geriet es vor Norderney leicht auf Grund; wahrscheinlich weil der Kommandant des Bootes das Fahrwasser nicht genau kannte, und weil man es unterlassen hatte, einen Lotsen an Bord zu nehmen. Anstatt sich nun zu sagen, wenn wir wieder nach Norderney zu Besuch fahren, nehmen wir einen Lotsen an Bord, soll die Folge dieser Fahrt S. M. gemessen sein, daß angeordnet wurde, die Fahrstraße muß ausgebaggert werden, damit derartige „Gavarien“ nicht wieder vorkommen. Im Frühjahr 1907 konnte man nun vor Norderney sehen, wie sich ein Baggerschiff abmühte, hier auszubaggern. Nach Angabe gewisser Instanzen waren von der Regierung 100 000 Mark ausgeworfen worden, um die Fahrstraße vor Norderney zu vertiefen. Als die Norderneyer Schiffer das Beginnen sahen, hatten sie dafür nur ein Kopfschütteln; man erklärte einstimmig, daß es ganz unmöglich sei, auf diesem Wege die Fahrstraße zu verbessern, denn die nächste Flut würde die ganze Arbeit wieder zunichte machen, und das Geld, welches für die Baggerei gebraucht würde, sei direkt fortgeworfen. Die maßgebenden Instanzen gaben aber auf das Gerede der „simplen einheimischen Seeleute“ scheinbar nichts. Nach einigen Wochen angestrengter Baggerei hatte man ein ziemlich hohes Loch gebuddelt und freudestrahelnd konnte verkündet werden, daß die Fahrstraße besser geworden sei. Aber schon nach einigen Wochen war von der ganzen Baggerei nichts mehr zu verspüren; es war tatsächlich eingetroffen, was die „dummen Seeleute“ gesagt hatten: Flut und Strömung hatten das Loch wieder zugemacht, und die 100 000 Mk. lagen im Sande. Wer nun glaubt, daß die Regierung bezw. deren Vertreter durch ein derartiges Vorkommnis schlau geworden wären, irrt sich. Im folgenden Jahre kam das Baggerschiff wieder und es begann auf derselben Stelle nochmals zu baggern, nochmals dasselbe Loch zu buddeln wie im Jahre vorher. Das Resultat war natürlich wieder genau dasselbe. Dieser Vorgang wiederholte sich, man glaubt es kaum, vier Jahre. Jedes Jahr warf man die 100 000 Mk. in die Nordsee mit dem Unterschied, daß im letzten Jahre die Summe noch etwas höher war. Diese nach Ansicht von Norderneyer Seeleuten zwecklose Baggerei hatte nun aber nicht nur viele Steuergrößen verschlungen, sondern sie wurde der ganzen Insel geradezu gefährlich. Im Laufe der Jahre hat, wie man sagt, auf Grund der Baggerei der Strand von Norderney ziemlich abgenommen. Den ausgebaggerten Sand hatte man an einer anderen, dem Baggerort weit entfernten Stelle, wieder in die Nordsee geworfen. Das Loch wurde aber doch wieder mit Sand gefüllt, und zwar dadurch, daß die Nordsee bei hoher Flut den Strandsand von Norderney fortwusch und mit diesem das Loch ausfüllte. Es ist eine Tatsache, daß jedes Jahr nach der Baggerei der Strand von Norderney enorm abgenommen hat und daß in diesem Jahre beim ruhigen Wetter zeitweise kein Strand zu sehen ist. Jeder Kenner eines Nordseebades weiß aber, daß ein schöner Strand die Badegäste anzieht und daß infolgedessen durch das Abnehmen des Strandes von Norderney die Zukunft dieses Badeortes in Frage gestellt werden kann. Das sehen natürlich auch die Norderneyer ein und es machte sich denn auch im Laufe der Zeit bei diesen sonst so ruhigen Untertanen eine Erregung gegen die Baggerei bemerkbar. Die Regierung hat nun im vergangenen Jahre dadurch den Strand aufbessern wollen, indem sie versuchte, die Strömung der Nordsee zu beeinflussen. Die Strömung läuft von Norden nach Süden und drückt auf eine Ede von Norderney, wodurch naturgemäß der Strand auch etwas beeinträchtigt wird. Um nun dieser Strömung eine andere, mehr nach See zu gerichtete Richtung zu geben, versuchte man an dieser Stelle der Insel eine Mauer zu errichten. Schiffsladungen voll Steine wurden in See geschleppt und hier versenkt, mit dem Erfolg, daß man im Laufe der Zeit einen Haufen Steine aus dem Wasser auftragen sah. Daß diese auf Sand gebaute Mauer der wütenden Nordsee nicht standhalten konnte, wußte auf Norderney jeder. Die Kenner lachten daher über das Vorhaben und als bereits die nächste Flut den ganzen Krempel unterwusch und umriß, da sahen auch die maßgebenden Vertreter der Regierung ein, daß ihr Beginnen zwecklos sei und sie stellten diese Arbeit ein. Eine Wackboje bezeichnet jetzt die Stelle, wo die Steuergrößen in die Nordsee versenkt worden. Hätte man wirklich die Strömung beeinflussen wollen, so wäre es praktisch gewesen, am Südweststrand von Norderney eine lange und hohe Buhne zu bauen, auch könnten im Interesse des Strandes die übrigen Buhnen erhöht und verlängert werden. Auf diesem Wege hätte man wirklich etwas für die Erhaltung der Insel als Badeort tun können. Bezeichnend ist an der ganzen Sache, daß man wahrscheinlich auch noch in diesem Jahre baggert hätte, wenn nicht in einer Bürgerversammlung in Norderney gegen die Baggerei protestiert worden wäre. Wäre das nicht geschehen, so hätte man vermutlich jahraus jahrein 100 000 Mk. bei Norderney in die Nordsee geworfen. Man kann hieran erkennen, was ein einfacher Besuch Wilhelm II. den Steuerzahlern unter Umständen kosten kann.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübecker Volksboten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Böwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling, Verleger: E. H. Schmarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Insertate

finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des werltätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten“.

Extra billige Schuhtage

nur noch bis Montag, den 17. Juli cr.

mit bedeutender Preisermässigung

auf diverse Artikel; einige Beispiele:

Die Preisermässigungen betragen bis zu **30%**

Damen braun Ziegenleder-Schnürstiefel 3⁹⁰
vorzügliche Paßform . . . sonst 5.90 jetzt

Damen braun Chevreau-Schnürstiefel 5⁹⁰
enorm preiswert . . . sonst 6.75 jetzt

Damen-Schnürstiefel fein Chromleder mit Lackkappen, oder fein Boxleder, eleganter Straßentiefel . . . sonst 6.50 jetzt 5⁹⁰

Damen schwarz Chevreau-Schnürstiefel 7⁵⁰
mod. breite Form, amer. Absatz sonst 8.50 jetzt

Damen la braun u. schw. Chevr.-Schnürst. 10⁹⁰
„Goodyear-Welt“ . . . sonst 12.50 jetzt

Herren Wichsleder-Zugstiefel 4⁵⁰
bequeme Paßform . . . sonst 5.50 jetzt

Herren la Wichsleder-Zugstiefel 4⁹⁰
kräftige Berufsstiefel . . . sonst 6.50 jetzt

Herren braun Chevreau-Schnürstiefel 6⁹⁰
moderne Form . . . sonst 8.50 jetzt

Herren-Schnürstiefel la schwarz Chromleder mit Lackkappen, oder fein Boxleder, moderne Straßentiefel . . . sonst 7.50 jetzt 6⁹⁰

Herren la braun u. schw. Chevr.-Schnürst. 10⁹⁰
Goodyear-Welt-Ausführung sonst 12.50 jetzt



Günstige Gelegenheit um den Bedarf für das Volksfest zu decken!

Conrad Tack & Cie. Verkauflhaus Lübeck: Breite Strasse 47.

Wegen Familienfeier bleibt meine Wirtschaft am Freitag, dem 14. Juli, von mittags 12 Uhr an, geschlossen. G. Luckmann, B. d. Lohmühle 1.

Neu aufgenommen:
Herren-u. Knaben-Mützen
Konrad Effland
Kolonial-, Woll- u. Weißwaren,
Lühnowstraße Nr. 33.

Die Arbeiter-Garderoben aus dem Spezial-Geschäft von **Lübeck Otto Albers Kohlm.** Markt 4 sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr billige Preise. U. a.:

- Lederhosen . . . 2.20-6.45
- Maurerhosen . . . 2.60-6.75
- Schlofferhosen . . . 1.88-5.25
- Überziehhosen . . . 1.08-2.35
- Zwirts-Hosen . . . 1.68-3.25

leinere Jacken, Schräge u. gerade, 1.28, Kagen, Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken, Malermäntel erstaunlich billig. Mägen von 30 Pf. bis 1.88 Mk. Note Lübecam.

Vereinigte Butterhändler
v. Lübeck u. Umg.

Allerfeinste Meiereibutter
kostet Pfd. **1.35** Mk.

Achtung Radfahrer!
Während des Volksfestes werden **Fahrräder** am Eingang des Festplatzes zur Aufbewahrung angenommen.

Of up dat Volksfest von ditt Johr is **Hermann Dose** wedder dor. De heit Knackwürst, Röllmops, Beefsteak un of Schinken för Mit, obs grad gahd oder hinken, De heit för jeden siene Wor, Kortüm: is alles dor.

Wo Dose mit sien Beeffsteakt Schon 7 Johr sien Kundschafft unnerhölt.

So sull doch jeder sicker globen, De Segen, jo, de künmt vun oben. Un dorüm kamt ut aller Welt In **Hermann Doses Beeffsteakt.**

Freie Jugend Lübecks.

Des Volksfestes wegen fällt die Veranstaltung am nächsten Sonntag aus. Die Tagesordnung nach Radeburg findet schon am 23. Juli statt. Am 24. ist dann Spieltag. Der Jugendauschuss.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschl.
Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
am Freitag, 14. Juli
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Berichterstattung vom Gewerkschaftskongress in Dresden.
3. Kartellbericht.
4. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Ortsverwaltung.

Schwartau.
Achtung Bauarbeiter!

Versammlung
am Freitag, 14. Juli
abends 8 1/2 Uhr
bei Süke in Rensefeld.
Wegen wichtiger Tagesordnung ist das Erscheinen aller Mitglieder erwünscht.

Der Vorstand.
Sozialdemokratisch. Verein
für Stöckelsdorf u. Umg.

General-Versammlung
Donnerstag, 13. Juli
abends 8 1/2 Uhr
im Lokale des Herrn L. Paetan,
Fackenburg.

NB. In dieser Versammlung werden die Neuwahlen des Vorstandes, der Vertrauenspersonen usw., sowie die Wahlen zu der am 13. August d. J. in Stöckelsdorf stattfindenden Generalversammlung vorgenommen. Anträge zur Stöckelsdorfer Generalversammlung müssen in dieser Versammlung eingebracht werden.
Um vollzähliges Erscheinen der Mitglieder ersucht

Der Vorstand.

Gefangverein „Eintracht“.

General-Versammlung
am Mittwoch, 19. Juli 1911
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 2. Quart. 1911.
2. Vogelschießen.
3. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Gesucht z. Verkauf der Volkszeitung mehrere Personen. Meldung: Geschäftsstelle Königstraße 13 Donnerstag nachmittags von 5 Uhr an.

Käselager Schlumacherstr. 12.
Tilsiter Pfund 20 Pfg.
Schweizerkäse Pfd. 30 u. 40 Pfg.
Verkauf auf der Diele.

Geschäfts-Übernahme.
Hiermit die ergebene Anzeige, daß ich mit dem heutigen Tage die **Gastwirtschaft Elb-Grave-Kanal** **Balauerföhr Nr. 18** übernommen habe.
Indem ich für gute Speisen und Getränke zu zivilen Preisen bestens Sorge trage, bitte ich um geneigten Zuspruch.
Hochachtungsvoll **Wilh. Prieß.**

Konzerthaus Zauberflöte.
Ludwig Kock.
Seidel 15 Pfg. Erfrischungszelt auf dem Festplatze Seidel 15 Pfg.
gegenüber der Tribüne, an der Israelsdorfer Allee.
Während der beiden Festtage:
Großes Doppel-Konzert
von nachmittags 1 1/2 bis 2 Uhr nachts.
Montag morgen: Frühschoppen-Doppel-Konzert.
Zur frohen Einkehr ladet freundlichst ein **Ludwig Kock.**

Vorstädtische Bierhalle
Erfrischungszelt
auf dem Festplatze, vis-à-vis der Tribüne.
Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt.
Wilh. Groth.

H. Lexaus Restaurant
früher J. B. Schmehl.
Erfrischungszelt
gegenüber dem Postenhof.
Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt.
H. Lexau, Böttcherstr. 18.

Zum bevorstehenden Volksfest
empfehle den geehrten Bewohnern Lübecks und Umgegend **meine mit hübscher Aussicht am Wasser gelegene Wirtschaft.**
An beiden Volksfesttagen Überfahrt auch nachts.
Einriedelfähre. A. Schnoor.

Achtung!
Speditonsarbeiter!
Versammlung
am Freitag, 14. Juli
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Beratung des Lohntarifs.
2. Innere Verbandsangelegenheiten.
Zahlreiches Erscheinen der Kollegen erwartet
Der Vorstand.

Sozialdemokrat. Verein
Schlutup.
Heute Donnerstag, 13. Juli
abends 8 1/2 Uhr
Mitglieder-Versammlung
im **Gasthof Zur Linde.**
Tages-Ordnung:
1. Aufnahmen.
2. Abrechnung vom 2. Quart. 1911.
3. Innere Vereinsangelegenheiten.
4. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.



General-Versammlung
am Freitag, dem 14. Juli,
abends 8 1/2 Uhr
im Lokale **Zur schwarzen Dohle,**
Gundestraße 41.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 2. Quartal.
2. Wahlen. 3. Berichte.
4. Anträge. 5. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Gefangverein „Globe“.
General-Versammlung
am Freitag, dem 14. Juli 1911,
abends 9 Uhr
im **Gewerkschaftshaus.**

Stadthallen theater.
Freitag, 8 Uhr. 41. Ab.-Vorst.
Zum letzten Male:
Henrik Ibsen
Der Volksfeind.
Sonabend: Vogen und 1. Partett
75 Pfg., die übrigen Plätze 50 Pfg.
Gastspiel **Fritz Redwig.**
Die schöne Helena.

Die Segnungen der Reichsversicherungsordnung.

Dies Kapitel reißt in der bürgerlichen Presse nicht ab. Tag für Tag wird an Beispielen gezeigt, wie groß der Segen der R.-V.-O. sei. Die Erreichbarkeit einer Jahresrente von 71,88 Mk. für eine Witwe vom 1. Januar 1912 ab, wird in den letzten Tagen in der bürgerlichen Presse vordemonstriert.

Schön. Wir haben keine Veranlassung, die R.-V.-O. schlechter hinzustellen, als sie ist. Gegenüber den systematischen Verdrehungsversuchen ist es aber notwendig, auch auf die Rehrseite der Medaille hinzuweisen. Wie sie aussieht, davon verrät die bürgerliche Presse möglichst wenig, deshalb wollen wir es an einigen Beispielen zeigen. Die bürgerliche Presse rechnet: ein Arbeiter besitze Ausweise über Invalidenmarken der verschiedensten Klassen, Militärdienstzeit und Krankheit für insgesamt 459 Wochen. 7 Marken davon habe er nach dem 1. Januar 1912 geklebt. Die Rente für seine Witwe beträgt nach dem gewählten Beispiel 21,88 Mk. aus dem Grundbetrag und der Steigerung und 50 Mk. Reichszuschuß, zusammen also 71,88 Mk. oder abgerundet 72 Mk. pro Jahr.

Wir wollen ein anderes Beispiel geben. Ein Arbeiter, der 6 Kinder hat, ist seit Anfang der 90er Jahre glücklicher Besitzer einer Klebekarte und weist durch diese Karten, sowie für Krankheiten einen Bestand von 1000 Beitragswochen auf. Schon lange nicht recht gesund (er hat von Jugend auf keine besonders starke Konstitution, weil seine Eltern zu arm waren, um ihren Kindern ordentlich zu essen zu geben) hat seine Jahrzehnte lange Arbeit in der dumpfen Fabrik eines frommen Brotgebers plötzlich den Ausbruch der Proletarierkrankheit bei ihm herbeigeführt, die ihn in einigen Tagen dahinträgt. Gerade um die frohliche Weihnachtszeit des Jahres 1911 stehen sein jammerndes Weib, seine hungernen Kinder an der Bahre ihres Ernährers. Aber ein Hoffnungsstrahl leuchtet der armen Frau: der Staat sorgt für sie! Witwen- und Waisenrenten haben die bürgerlichen Parteien errungen! — aber wie groß ist die Enttäuschung der armen Proletarierin, als ihr begreiflich gemacht wird, daß sie gar nichts bekommt. Zwar würde sie die Anforderungen des Gesetzes, daß sie selbst nicht mehr imstande sein muß ein Drittel dessen zu verdienen, was gleichartige Personen bei passender Beschäftigung verdienen können, erfüllen, denn sie kann kaum noch kriechen. Hat sie doch gehungert für ihre Lieben, um ihrem Mann ein Stückchen Fleisch, ihren Kindern ein warmes Kleid geben zu können. Kein Wunder, daß sie mit ihren 35 Jahren schon „Invalide“ ist. Aber eine andere Bestimmung verwehrt ihr den Eintritt in das Paradies der Witwen- und Waisenversorgung. Alle Witwen und Waisen, deren Ernährer vor dem 1. Januar 1912 gestorben sind, bekommen keine Rente!

20 Jahre haben der arme Arbeiter und sein Weib daran geglaubt, daß die herrliche deutsche Sozialreform sie nicht im Stich läßt, wenn das Unglück einmal kommt und nun: gar nichts? Angewiesen auf das Almosen der Armenverwaltung, das unter so drückenden und beschämenden Bedingungen gewährt wird? Das ist selbst mehr als diese arme Frau ertragen kann und was sie

früher nicht für möglich hielt: sie hat den Glauben an die Segnungen der glorreichen deutschen Sozialreform gründlich verloren.

Ein anderes Beispiel: der Vorerwähnte soll glücklicher sein. Er soll noch nicht sterben, aber so krank geworden sein, daß ihm im Dezember 1911 eine Invalidenrente zugesprochen und angewiesen wird. Die Auszahlung der Rente verzögert sich bis in den Januar 1912 und bevor die Auszahlung erfolgt, stirbt der arme Proletarier dennoch. Nun bekommt doch sicherlich seine Witwe, seine Kinder die Rente? Gar nicht daran zu denken, auch die Witwen und Waisen derjenigen bekommen nichts, die zwar nach dem 1. Januar 1912 gestorben sind, denen aber schon vor dem 1. Januar 1912 eine Invalidenrente angewiesen war.

Sollen diese Armen der Armen da nicht an jegliche Gerechtigkeit, sollen sie nicht an der ihnen ihr ganzes Leben lang gepredigten christlichen Nächstenliebe verzweifeln, daß ihnen die so viel gerühmte R. V. O. so mitspielen kann? Und wenn man ihnen dann klar machen würde, wie infam die bürgerlichen Parteien seit Jahren mit der Hinterbliebenen-Versicherung Schwindel und Volksbetrug getrieben haben, so müßten die Armen ein Brett vor dem Kopf haben, wenn sie nicht einsehen würden, daß nur die Sozialdemokratie die Partei der Armen ist.

4 Milliarden jährlich beträgt mindestens die Belastung des deutschen Volkes durch die Zollwucherpolitik. Ein paar hundert Mark jährlich hat man dem in unserm Beispiel in Frage kommenden Arbeiter aus der Tasche gezogen, dadurch, daß man ihn zwang, jeden Bissen, den er in den Mund steckte, zu versteuern. In gewissenloser Gaunerei hat man diese Wucherpolitik in Segen umgelenkt. Als 1902 der Zollwuchertarif kam, da legte das Zentrum seinen § 15 fest, der die Witwen- und Waisenversicherung von 1910 an „sicher stellte“. 91 Millionen Mk. kommen jährlich ein, behauptete Herr Trimborn; 500 Mill. Mark sind 1910 beizammen und dann kann, so lag man den Gläubigen vor, eine Witwen- und Waisenversicherung ohne Beitragsleistung, mit Renten für Witwen und Waisen gemacht werden. Als den Herrschaften dieser Schwindel selbst zu hanebüchen erschien, erzählten sie, daß von 1910 ab jährlich 100 Millionen Mk. an Zuschüssen aus dem § 15 und an Zinsen aus dem angesammelten Geld zur Verfügung stehen würden. Wenn dann durch Beitragsleistung eine gleiche Summe aufgebracht würde, könnten anständige Witwen und Waisenrenten gezahlt werden.

Was geschah aber in Wirklichkeit? Das „System“ der Getreideinfuhrscheine verringert den Betrag des Einkommens aus § 15 des Zollgesetzes, daß nicht in einem Jahre 91 Millionen, sondern in der ganzen Zeit bis 1910 überhaupt nur 51½ Millionen einkommen! Durch ein Notgesetz verschiebt man die Hinterbliebenenversicherung von 1910 auf 1911, durch ein weiteres Notgesetz von 1911 auf 1912. Von da hebt die Reichsversicherungsordnung den § 15 des Zollgesetzes auf. Was geschieht nun mit den 51½ Millionen Mark? Werden sie etwa dazu verwendet, nach dem Antrag der Sozialdemokraten den in Frage kommenden Hinterbliebenen rückwirkend bis zum Januar 1910 eine Rente zu geben und so wenigstens zu einem ganz kleinen Teil das Versprochene einzulösen, das man ihnen 100 und 1000mal gegeben? O nein, nicht einmal dazu werden die Millionen verwandt, sondern sie

werden als ein besonderer Fonds verwaltet, aus dem bis zu seiner Erschöpfung das Reich den Reichszuschuß zahlt.

Also nicht einmal diesen Reichszuschuß, 50 Mk. für die völlig invalide Witwe und 25 Mk. für das Kind kann das große Deutsche Reich aus laufenden Mitteln ausbringen, dazu benutzt es den Betrag, der bestimmt war, schon von 1910 ab zur Witwen- und Waisenversicherung zu dienen!

Das ist ein kleiner Abschnitt aus der Rehrseite der Medaille, zahllose andere könnten ihm folgen.

Stärkung des Kriegsfonds im Unternehmerlager.

Ein günstiger Zufall ließ uns Einblick nehmen in die Verhandlungen der Gesellschaft des Arbeitgeberverbandes Unterelbe zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen. Diese Ausschüßsitzung fand am Montag, dem 12. Juni 1911, statt. Es waren 51 Vertreter der verschiedenen Arbeitgeberverbände inklusive des Vorstandes und der besoldeten Sekretäre anwesend.

Freiherr v. Reismig referierte über die Notwendigkeit der vom Vorstand beantragten Abänderungsvorschläge, die auf Grund einer fünfjährigen Erfahrung gestellt wurden. Der Hauptzweck sei 1. die Einbeziehung des Transportgewerbes unter den gleichen Bedingungen, die für die Gesellschaft des Zentralverbandes der Arbeitgeber im Transportgewerbe Deutschlands, z. B. A., maßgebend sind; 2. die Vermeidung solcher Kürzungen der Entschädigungen, wie sie schon wiederholt und besonders im letzten Geschäftsjahre infolge der unzureichenden Gesellschaftsmittel notwendig waren; 3. die Schaffung eines Reservefonds, aus dem Entschädigungen schon während der Streiks gezahlt werden könnten. Der Referent betonte, daß in den 5 Geschäftsjahren an Entschädigungen von der Gesellschaft 191 000 Mk. ausfallen mußten, weil die Mittel nicht langten. Der Beitragsatz betrug 1 Mk. pro Mille und Mitglied der verausgabten Lohnsumme, er soll jetzt auf 2 Mk. gesteigert werden. Die Miliere würde nicht eingetreten sein, wenn man immer schon 2 Mk. statt 1 Mk. erhoben hätte, es würde dann zurzeit sogar noch ein Bestand von etwa 40 000 Mk. verfügbar gewesen sein. Wenn die Beitragserhöhung nicht erfolge, müsse sofort der in den Satzungen vorgesehene Nachschuß eingefordert werden, womit noch nicht einmal die Möglichkeit einer Zahlung während oder gleich nach Beendigung des Streiks gegeben sei. Natürlich machte Reismig bei dieser Gelegenheit auf die vortrefflich gerüsteten Gewerkschaften aufmerksam; demgegenüber seien die Ausgaben der Arbeitgeber für ihre Organisationen nur gering.

Herr Frauen aus Kiel war beauftragt, einen Antrag zu vertreten, wonach die Unterführungen auf Grund der gezahlten Löhne während eines Streiks oder einer Aussperrung allwöchentlich zur Auszahlung gelangen sollten. Er beantragte, die Beratungen über den Satzungsentwurf des Vorstandes abzubrechen und den Vorstand mit der Ausarbeitung eines neuen Entwurfes zu beauftragen. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Der Antrag dagegen, den jährlichen Mitgliedsbeitrag auf 2 Mk. pro 1000 Mk. Lohnsumme festzusetzen, wurde angenommen. Weiter der Antrag: „Zur Schaffung eines Reservefonds,

Die Vagabunden.

Von Karl v. Holtel.

(104. Fortsetzung.)

Zweitens, daß der Herr von Liebenau mir gestattet, alljährlich mindestens einmal auf dem Schlosse einzusprechen und zu verfolgen, zu vernichten, zu töten, mit Stumpf und Stiel, mit Rumpf und Schwanz auszutilgen, was da heißt Ratten, Mäuse, Wanzen, Läuse, Schaben, Schwaben und Grillen mit meinen Zauberpillen! Wobei ich mir ausdrücklich bedinge, ein für mich eigens erbautes Bettgestell vorzuführen, in welchem sich ein Kiesel behaglich ausstreckt, und in welchem derselbige, wenn es zum Ende mit ihm kommt, den Tod sein gemächlich erwarten, freundliche Pflege hoffen und einen Blick anhänglicher Liebe, wohlwollender Gesinnung geben und empfangen kann, ehe denn er die Gesichtsfensterlein pour toujours zuschließt; was ich bei Ratten, vulgo Ragen krepteren nenne, — bei unsereinem sterben. Nur der Ausdruck ist verschieden, die Sache bleibt sich gleich. Drittens endlich begehre und verlange ich als Entschädigung für die Stiefelsohlen, so ich mit auf meinen Märchen zwischen Schloß Erlestein und jenem Forsthaufe abgelaufen, das wohlgetroffene Porträt eines gewissen ehemaligen Antoine, legt gnädigen Herrn auf Liebenau; denn ich habe den reisenden Porträtmaler nur deshalb in den Gasthof nach St. geschickt, weil ich dies Bildchen für mich haben will, um es stets bei mir zu tragen und durch seinen Anblick an den einzigen klugen Streich, den ich in meinem langen Leben vollführte, erinnert zu werden; auf daß es mir möglich sei, mit einiger Achtung von mir selbst noch so lange weiter zu leben, bis der angekündigte letzte Besuch in Liebenau durchaus nötig wird. Diese drei Bitten wünschte ich jetzt gleich durch Wort, Handschlag und Tat erfüllt zu sehen, monach ich mich augenblicklich zurückziehen möchte, indem eine göttliche Dame mit Euch zu reden wünscht.

So weit Schrampl!

Und Anton lachte nicht. Wäre es nicht schon dunkel gewesen, der Kiesel hätte Tränen gesehen in den großen Augen seines jungen Freundes.

Anton suchte das Bild hervor, reichte es ihm, gab ihm die Hand und sagte: „Wort, Handschlag und Tat!“

Dann trennten sie sich.

Ein Diener der Gräfin Julia brachte Leuchter mit Wachskerzen.

Gleich darauf kam die Gräfin, sichtbar zur nächtlichen Abreise gekleidet. Der lange, schwarze Trauerschleier umhüllte die hohe Gestalt. Draußen hörte man vor ihrem Reisewagen die Rosteln.

Anton gedachte der Beschreibung, die seine arme Mutter von der Gräfin Julia gemacht. Er fand alles bestätigt, nur, daß mit den Jahren anmutige Jugendhuld sich in würdevollen Ernst umgewandelt.

Die herrliche Frau nahm einen Lehnstuhl ein und winkte Anton, sich ihr gegenüber zu setzen.

„Junger Mann, ich darf Dich Sohn nennen; ich habe ein Recht dazu, denn mein Sohn ist tot, — mein Gemahl ist tot — ich stehe allein. Du bist des Verstorbenen Kind, bist das Kind eines unglücklichen Weibes, welches sterbend Dich an mein Herz legte: Du bist mein Sohn. Als solcher mußt Du wissen, was geschehen ist, seitdem Du Deinen Vater zum ersten Male — zum letzten Male gesehen! Mußt wissen, welches furchtbare Geschehnis über uns hereingebrochen, mußt Deinen Teil des Unglücks auf dich nehmen und tragen, wie er Dir gebührt; mußt erfahren, warum ich, der Welt und ihrem Geräusch entsagend, mich in tiefe Zurückgezogenheit begeben und dort nur Gott, mir und guten Werken leben will. Als Du Deinen Vater verlassen, brach zwischen ihm und seinem ehelichem, — meinem Sohne ein gräßlicher, unfindlicher Zwist aus. Graf Louis war ein ungeratener, herzloser Sohn. Ich, seine Mutter, sage das. Indem ich es Dir sage, bricht mein Herz. Aber ich verschweige nichts, denn zwischen uns darf kein Geheimnis walten, Anton! Seines Vaters Nachsicht hatte ihn verdorben, ihn zum früh gereizten, früh verlorenen Knaben werden lassen. Meine Gegenwirkungen blieben ohne Kraft, ohne Erfolg. Doch wäre es unmöglich, daß irgeleitete väterliche Liebe und Schwäche einen solchen Bösewicht heranziehen konnten, wenn nicht schon in des Kindes innerstem Wesen der Grund dazu gelegen hätte. Woher diese Reime der Verworfenheit meinem Sohne kamen, welche finstere Macht meinem einzigen Kinde sie eingepflanzt; der Himmel weiß, daß ich es nicht weiß. Dir, Anton, ist bekannt, was Geistes Dein Halbbruder gewesen. Die Absicht, Dich zu ermorde, hat das Siegel auf seine Untaten gedrückt.“

Von Sophienthal zurückkehrend, fand ich Deiner Mutter erschütterndes Schreiben, fand ich den Grafen, meinen Gemahl, sterbend. Was zwischen ihm und Dir, was zwischen ihm und Louis vorgefallen, gab er mir schweigend kund, empfahl Dich meiner Obhut, verfluchte unseren Sohn — und starb.

Als Louis seines Vaters Tod erfuhr, als der Arzt, gerechten Unwillens voll, ihm rücksichtslos erklärte, er sei es, der den Vater umgebracht, seinen raschen Tod herbeigeführt, da schien in ihm, dem Vieblösen, eine Umwandlung vorzugehen. Er warf sich zu meinen Füßen und begann sein verstocktes Herz zu öffnen. Frevel auf Frevel floß über seine zuckenden Lippen; ich schauderte vor ihm, aber es war mein

Sohn. Ich suchte den wilden Erguß fruchtloser Reue zu mildern, sein Vertrauen zu befestigen, ihm zu sagen, daß der Mutter Segen des Vaters Fluch lösen könne, und weil, sagte ich ihm, wahre Reue sich darin kund gebe, daß man durch sie und in ihr gut zu machen suche, was sich noch auf Erden gut machen lasse, so möge er damit beginnen, Dich, den Ausgestoßenen, durch ihn Vertriebenen aufzulesen, zu versöhnen, sich Dir brüderlich liebend zuzuwenden und seines Vaters Ehrenschuld am Sohne seines Vaters auszugleichen.

Da sprang er auf, ein grauenhaftes Bild verzweifelter Raserei. „Es ist zu spät! tief er aus, „ich habe ihn ermordet!“

Ich bin keine Dame nach der Mode, Anton, die zu ihrem Niederschlagen greift, wenn ein ausfälliger Bettler die Hand nach ihr ausstreckt; ich falle nicht in Ohnmacht, wenn ich Blut fließen sehe; ich habe nicht gemammert und geminstelt über häusliche Leiden, an denen mein Ehestand reich war; ich kann körperliche Schmerzen ertragen, und ich konnte oftmals lächeln, wenn Schmerzen der Seele in mir brannten; ich leide nicht an schwachen Nerven und bin, wennschon als Gräfin geboren und im Glanze aufgewachsen, ein starkes Weib. Aber weißt Du, Anton, seinen einzigen Sohn bekennen zu hören, daß er ein Brudermörder sei, ist auch einem starken Weibe zu viel. Ich will's nicht leugnen, Anton, mir vergingen die Sinne.

Als ich wieder zu mir kam, spürte ich so etwas von Blutgeruch; sah ich wie durch grauen Morgenmehl ein hölzernes Gerüst, auf welchem ein großer Mann stand, der ein glänzendes Beil schwingt, — und dann ein dumpfer Schlag auf hölzernen Block, — und ein blaßes Haupt, welches fällt, — und man erkennt die Züge dieses Hauptes, — diese starren Augen haben dich angelächelt, als diese Lippen an der Mutter Brust lagen, — mit einem Wort: es ist dein Sohn, den sie als Mörder auf einem Schafotte hinstrecken mußten — Du begreiffst, Anton, mein Erwachen war nicht süß!

Da mußte ich es denn als Gnade Gottes preisen, wie sie mir Nachricht brachten, Graf Louis habe sich mit seines seligen Vaters Kugelbüchse, mit jenem Gewehre, welches Deine Brust bedrohte, mit dem habe er sich männlich und fest sein eigenes Herz durchschossen und sei gefunden worden im Schloßgarten auf einer Bank, auf der ich zu sitzen liebte. Sie hieß die Rosenbank.

Dort lag er noch. Dort fand ich ihn. Verzeihe mir, Anton, die Klage um ihn, der Dich ermorden wollte. Er war mein Sohn.

Von Dir erfuhr ich nun von dem seltsamen Menschen, den Du kennst, der zwischen Dir und mir mit unermüdlicher

der nicht zur Entschädigung benutzt werden darf, soll ein jährlicher Beitrag von 50 Pfg. pro 1000 Mk. Lohnsumme erhoben werden!"

Ein Antrag des Hamburger Vertreters vom Baugewerbe, den Beitrag auf 5 Mk. statt 2 Mk. zu erhöhen, wurde abgelehnt, ebenso ein Antrag des Herrn Sanfen aus Kiel, den Jahresbeitrag für das Jahr 1911 zweimal zu erheben, um im nächsten Jahr sofort eine wöchentliche bezw. monatliche Unterfütterung gewähren zu können.

Man begrüßte sich mit der Einschränkung, daß Vorschläge gewährt werden können auf die später auszahlenden Entschädigungen, wenn die verfügbaren Mittel es irgend gestatten! Auch der Antrag, diese Beschlüsse wie die gesammelten Änderungen der Satzungen mit rückwirkender Kraft ab 1. Januar 1911 in Geltung treten zu lassen, wurde abgelehnt und beschlossen, diese erst am 1. Januar 1912 in Kraft treten zu lassen.

Von öffentlichem Interesse ist aus den Satzungen noch besonders der § 17, der die Höhe der zu zahlenden Entschädigungen regelt.

Der Aufsichtsrat soll sich von den folgenden Gesichtspunkten bei Festsetzung der Entschädigungen leiten lassen: Es kann für jeden ausfallenden Arbeitstag eine Entschädigung bis zur Höhe von 20 Prozent des durchschnittlichen Tagesverdienstes bewilligt werden. — Mitteln für 10 000 Arbeiter bei einem Durchschnittstagesverdienst von 4.— Mk. täglich 4000 Mk. — Diese volle Entschädigung kann indes nur bezahlt werden, wenn die Zahl der bei einer Firma beschäftigten Arbeiter 1000 nicht übersteigt. Für mehr als 1000 Arbeiter können nur folgende Entschädigungen bezahlt werden:

Von 1001—2000 Arbeiter	16 Proz.	=	640 Mk.
2001—4000 "	12 "	=	960 "
4001—8000 "	8 "	=	1280 "
8001—10000 "	4 "	=	1320 "

Die sonstigen Paragraphen der Satzungen dieser Arbeitgeberverbände sind nicht weiter von Belang.

Das finanzielle Bild, das wir da schauen, ist nicht gerade sehr erhehend für den weniger bemittelten Unternehmer, mußte ihm doch die Entschädigung oft verkehrt bleiben. Jetzt nun sollen die Unternehmer höhere Beiträge zahlen, letzten Endes doch nur zu dem Zwecke, um die finanziell besser gestellten verblendeten Scharfmacher den rigorosen, zwecklosen Kampf gegen die Arbeiter noch andauernder führen zu lassen.

Jahresversammlung des Zentralverbandes der Ortskrankenkassen.

Dresden, den 12. Juli.

Zunächst wird der geschäftsführenden Kasse Dresden auf Antrag der residierenden Kasse Frankfurt a. M. Decharge erteilt. Hollender-Leipzig polemisiert gegen die Ausführungen Fräßdorf's vom Dienstag wegen der Herausgabe und Verteilung der Broschüre für die freie Arztwahl. Die Mehrheit der Krankenkassen habe die freie Arztwahl eingeführt (Lebhafte Protestrufe. Zurufe: zwangsweise!) Redner verlangt etwas mehr Toleranz gegenüber den abweichenden Ausführungen über die Arztfrage. Fräßdorf erwidert, die Stimmung des Kongresses habe bewiesen, daß der Kongress auf seinen Standpunkt stehe und entschieden gegen die Bestrebungen der Leipziger Ärzte Front machen wolle. Die Broschüre Hollenders sei von den Leipziger Ärzten zum Kampf gegen die Kassen verwendet worden. Halle bewies das.

Aber den Haushaltsplan und die innere Einrichtung der Kassen referiert instruktiv der Bureauvorstand Frenzels-Dresden. An seine Ausführungen schließt sich keine Debatte. Der Bericht über die Tätigkeit des Zentralarbeitsamtes liegt gedruckt vor. Es wird darin nachgewiesen, daß die Tarifforschung Fortschritte gemacht hat. Auch die Gehälter der Beamten sind im allgemeinen gestiegen.

Über die Tariffrage referiert im Namen der Kommission Justizrat Meyer-Frankenthal. Es haben der Kom-

mission zwei Vorschläge vorgelegt, der Antrag der geschäftsführenden Kasse, die Tarifforschung auf zwei Jahre zu suspendieren unter allgemeiner Erhöhung des Grundgehalts der Beamten um 100 Mk. unter Ausnahme anderer Bestimmungen aus dem früheren Tarifvertrag und der Antrag der Beamten-Organisation, der die Beibehaltung der früheren Bestimmungen des Tarifvertrages in die Dienstordnung vorseht. Auch über die bisherige Städte- und Klasseneinteilung und die Bestimmungen über Kündigung, die in den Bantapfel bildeten, war eine Mehrheit in der Kommission vorhanden, die sich in der Hauptsache aus Arbeitervertretern zusammensetzte, die von Wiederabschließung eines Tarifvertrages absehen wollten. Die Minderheit, darunter besonders Arbeitgebervertreter, wollten dagegen den Tarifvertrag wegen der großen sozialpolitischen Bedeutung nicht fallen lassen. Es wurde dann von der Kommission einstimmig beschlossen, daß man versuchen wolle, wieder einen Tarifvertrag abzuschließen, wenn die Beamten-Organisation grundsätzlich auf die Aufnahme der strittigen Bestimmungen des alten Tarifvertrages verzichtet, besonders wegen der Klasseneinteilung und Kündigung, da diese beiden Punkte mit der R.W.O. nicht in Einklang zu bringen sind. Die Beamten haben darauf vorbehaltlich der Zustimmung ihrer Organisation verzichtet. Die Organisation hat dann einstimmig das dem Kongress vorgeschlagene und der Kongress hat einstimmig ohne Debatte dem zugestimmt. Es wird also versucht, aufs neue eine Tarifforschung herzustellen. Die geschäftsführende Kasse wird dann beauftragt, den Entwurf zu einer Muster-Dienstordnung herzustellen. Auch das Reichsversicherungsamt hat sich, wie Fräßdorf mitteilt, bereit erklärt, ebenfalls einen Entwurf auszuarbeiten. Darauf wird dann die Abänderung der Verbandsatzungen vorgenommen. Der Vorstand soll künftig aus 12 Personen bestehen, die sich aus allen Teilen Deutschlands rekrutieren können und zwar sollen es acht Arbeitnehmer und vier Arbeitgeber sein. Der Verein soll die Rechte eines eingetragenen Vereins erwerben. Dresden wird dann als geschäftsführende Kasse auf vier Jahre wiedergewählt. Auf Antrag der geschäftsführenden Kasse Dresden soll eine Rechtsauskunft- und Beratungsstelle geschaffen werden. Die Dresdner Ortskrankenkasse wird in Verbindung mit dem Justizrat Meyer-Frankenthal diese Auskünfte erteilen. Ferner wird noch beschlossen, gleichmäßige Statistiken bei den Verbänden einzuführen. Auf Antrag Kohn-Berlin sollen die Krankenkassen beim Bundesrat vorstellig werden, damit Verfügungen zur Vorbereitung von einheitlichen Krankenkassenstatistiken erlassen werden können.

Zum Tuberkulose-Kongress 1912 in Rom werden Fräßdorf, Heise-Dresden und Kohn-Berlin delegiert. Als Ort der nächstjährigen Tagung wird Köln bestimmt. In den Vorstand der neuen Zentral-Organisation werden gewählt: Fräßdorf als Vorsitzender, Laufner-Dresden (Arbeitgeber) als stellvertretender Vorsitzender, außerdem Brakel-Köln, Graf-Frankfurt a. M., Kohn-Berlin, Wittig-München, Witz-Stuttgart, Wittrock-Hamburg und Witte-Breslau. Als Arbeitgebervertreter Meyer-Frankenthal, Simon-Berlin und Sieberts-Düsseldorf.

Fräßdorf betont dann zum Schluß des Kongresses, daß die Verhandlungen wieder einmal gezeigt hätten, daß in den Krankenkassen Arbeitgeber und Arbeitnehmer schieblich und friedlich mit einander zu arbeiten verstehen. Alle Delegierten müßten die Verpflichtung in sich fühlen, die für die Kassen schwere Übergangszeit unter der Reichsversicherungsordnung zum Wohle und im Interesse der Versicherten zu benutzen. Hierauf wurde um 1 Uhr der Kongress geschlossen.

Aus der Partei.

Ein alter Kämpfer. In Breslau ist Genosse Luis Cohn im israelitischen Krankenhaus im Alter von 89½ Jahren gestorben. Ehemals liberal, trat er während des Sozialistengesetzes offen zur Sozialdemokratie über. Verfolgungen durch die Organe des Klassenstaates blieben ihm hier nicht erspart und wegen einer angeblichen Verleumdung Wilhelm I. wurde er zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Zehn Monate hatte er hiervon verbüßt, als er infolge des Amnestie-Erlasses beim Tode Wilhelm I. aus dem Gefängnis entlassen wurde. Bis in die jüngste Zeit hinein sah man ihn, wenn seine Gesundheit es ihm erlaubte, bei allen Versammlungen unserer Partei. Bei den Breslauer Genossen stand Genosse Cohn in hohem Ansehen.

Gutnützigkeit lief, horchte, forschte, berichtete; erfuhr, daß Du lebst, ruhig lebst, daß Du den Täter nicht kennst! O, Anton, als ich dies erfuhr, da wurdest Du mein Sohn! Du wolltest, Du konntest entsagen, verschweigen, schonen! Und so lebst außer Dir und mir kein Mensch, dem es bekannt wäre, daß Louis dem Scharfrichter zuvor kam.

Der größere Teil von Deines Vaters Besitztümern ist fideikommiss und fällt nach seines einzigen Erben Tode einer jüngeren Linie anheim. Zur Erbin seines Modiatiermögens macht mich sein Testament; es könnte bedeutend sein, wenn Louis nicht wie ein Wahnsinniger gewirichhaft hätte. Jetzt reicht es kaum zum Ankauf Deines Gutes hin, doch habe ich von meinem mütterlichen Erbeil das Fehende ergänzt, und Liebenau ist Dein, Dein eigen, schuldenfrei, wenn auch nicht im besten Zustande. Aber Du bist jung und wirst herstellen, was seit Jahren vernachlässigt wurde und verfiel.

Mit bleibst Sophienthal, das freundliche, still abgelegene Dorf, in welchem ich geboren ward, wo meine Eltern begraben liegen, woran kein Fluch haftet, kein Blutsack, kein übler Gedanke, ja, nicht der Hauch einer schlechten Nachrede. Dort, wo Deine arme Mutter mich vor meiner Vermählung sah, wo sie Vertrauen in mich setzen lernte, dort werde ich leben, einfach, fleißig, nur im Umgange mit meiner lieben Freundin, der Frau des Pastors. Fern von geräuschvollen Freuden, werde ich, wie es der Witwe, wie es der verwaisten Mutter eines — Selbstmörders gebührt, Trost und Freude darin suchen und finden, daß ich für anderer Glück wirken darf. Dort auch hoffe ich von meinem lieben Pflege Sohne und durch diesen zu vernehmen, daß er, gereinigt von den Flecken einer wirren, nicht tadellosen Vergangenheit, sich zu vorwurfsfreiem Wandel, zu ehrenhafter Führung seiner Angelegenheiten erhebt. Wie fest ich immer entschlossen bin, meine Türe zu schließen vor allen Eindringlingen, welche meinen Frieden stören könnten, Dir, Anton, wird sie offen sein. Wenn Du Rat einer mütterlichen Freundin, wenn Du in Schmerz oder auch in Freude ein mit Dir fühlendes Herz suchst, dem Du das Deine ausschütten könntest, so komm und suche mich freis auf.

Und nun begib Dich zur Ruhe. Die Begebenheiten dieses Tages haben Dich den erst Gesessenden, heilig angegriffen. Segne Gott Deine erste Nacht in diesem Hause mit sanftem, erquickendem Schlummer! Ich reise ab. Mein Tagemast hier ist getan. Denke in Liebe Deines verstorbenen Vaters, bete für — meinen Sohn und vertraue auf Demer Pflegevater Freundschaft.

Anton, als die Gräfin nun vom Sessel aufgestanden war, näherte sich ihr, beugte sich über ihre Hände und küßte sie.

Sie umschlang ihn mit beiden Armen, drückte einen

heißer Kuß auf seine Stirn und sagte nur noch: „Abel, bete für Rein!“

Dann ging sie raschen Trittes hinaus, wo ihre Diener auf dem Flure harrten.

Anton geleitete sie bis zur Kutsche. Der Mond ging eben leuchtend auf.

Der neue Gutsherr von Liebenau entschlummerte unter sanften Tränen, wie er sie nicht mehr geweint hatte, seitdem Mutter Gotsch gestorben war.

Fünfundzwanzigstes Kapitel.

Der Morgen des ersten Tages, welchen der Besitzer von Liebenau als solcher daselbst zubrachte, war dem Empfang seiner Gespielen gewidmet. Pastor Julius Karich und Verwalter Robert Karich, samt ihren Ehehälften „Witz und Linz“, stellten sich dienlich und ergeben ein. Anton zitterte vor dieser ersten Begegnung; es war ihm ebenso peinlich, als es ihm noch immer unbegreiflich blieb, daß er, der Korbmacherjunge, die Töchter des gefürchteten Onkel Nasus in seinem Schlosse als schlichte Bürgerfrauen bei sich sehen sollte.

Er ging ihnen bebend entgegen, voll Furcht, seiner unvollkommenen Herzlichkeit könne Bitterkeit oder Hohn das Wort im Munde ertönen. Doch nichts dergleichen. Die niedrige Gesinnung beider Frauen tat sich in demütiger Artigkeit kund; es fehlte nicht viel, so lekten sie dem „gnädigen Herrn“ die Hände. Aufschmel und Kubs stellten sich dagegen sehr zu ihrem Vorteil verhalten. Die Männlichkeit ihres Wesens kleidete sie wohl, und es war über beide, besonders aber über den jungen Prediger, eine milde, teilnehmende Freude verbreitet, die in ihrer wortkargen Innigkeit lebhaft an den verstorbenen Vater, Anton's unvergesslichen Lehrer, erinnerte. Er ließ ein schnellbereitetes Mahl auftragen, wozu er sie als Gäste einlud.

Kaum hatten die ersten Gläser das Gespräch belebt, als auch schon „Zieleuntes“ Name von den Schwestern genannt wurde, offenbar in der Absicht, zu erfahren, was „der Herr“ für seine Jungendliebe noch fühle oder nicht mehr fühle. Dabei verhehlten beide durchaus nicht, daß sie mit Ottilien auf feindseligem Fuße lebten, seitdem diese sich ihrer Verheiratung offen entgegengestellt, auch nachher den Umgang mit ihnen förmlich abgebrochen. Sie gestanden ihrerseits Abneigung gegen die „solche Person“ ein, und es bedurfte nur geringer Kenntnis des menschlichen, vorzugsweise des weiblichen Herzens, um durchzuschauen, daß ein Schwager, wie Anton jetzt war, ihren Neid erregen werde, daß sie den Gutsherrn der „alten Jungfer“, wie sie Ottilien ein für allemal nannten, nicht gönnten. Durch diese Richtung des Gespräches verschwand die Heiterkeit der kleinen Tischgesellschaft, der Pastor wie der Verwalter eilten, dies empfin-

Gegen die Kriegsheher. Der Parteivorstand hat am Mittwoch den französischen Genossen telegraphiert:

Louis Dubreuilh, Paris, Rue de la Corderie 16.

Das Klassenbewußte Proletariat Deutschlands sendet den sozialistischen Arbeitern Frankreichs brüderliche Grüße. Der französischen Sozialdemokratie versichern wir, daß die deutsche Arbeiterklasse gegen die verbrecherischen Kriegsheher im eigenen Lande mit der gleichen Energie Front macht, die das französische Proletariat bewies, indem es auf dem heutigen Meeting der Seine-Föderation die verbrecherischen Kriegstreiberien der Chauvinisten verdammt, gegen den Imperialismus und für den Frieden votiert. Es lebe die internationale völkervereinende Sozialdemokratie!

Bebel. Ebert. Gersch. Niepmann. Mollenhuth. Müller. Pfannkuch. Wengels. Zieh.

Gewerkschaftsbewegung.

Von der „gesicherten Existenz“. 600 Arbeiter wegen Betriebs Einstellung gekündigt. Unter dieser Epizyche berichten brandenburgische Blätter: Einer der größten Ziegeleibetriebe in der Provinz, die Vereinigte Halber Dampfziegelei und Industrie-A.G. im Kreise Teltow, unmittelbar an der Berlin-Görlitzer Bahn gelegen, mit einer bisherigen Jahresproduktion von 44 Millionen Hintermauerungssteinen, hat mehr als 600 Arbeitern zum 15. Juli gekündigt. Die sechs Ziegeleien des Werks stellen von diesem Tage ab den Betrieb ein. Die Ursache ist die für die Ziegeleien überaus ungünstige Preiskonjunktur und der fehlende Absatz, der durch die überproduktion (1) der in den letzten Jahrzehnten in der Umgebung von Berlin massenhaft entstandenen Ziegeleibetriebe hervorgerufen ist. Die BetriebsEinstellung der benachbarten größeren Ziegeleibetriebe in dieser Saison steht bevor. Nicht unerwähnt bleibe, daß die Ziegeleien von ihrer führenden Stellung auf dem Baumarkt, besonders dem Berliner, durch die Kalkanditeine mit niedrigeren Preisen verdrängt worden sind. Das ist die Ursache der nur für reiche Unternehmer glänzenden kapitalistischen Medaille.

Erfolgreicher Kohlenarbeiterstreik. Der Streik der Kohlenarbeiter und Fuhrleute in Augsburg ist nach einwöchentlicher Dauer mit einem Siege beendet worden. Die Kohlenfirmen mußten sich zu Verhandlungen mit der Organisation, dem Deutschen Transportarbeiterverband, bequemen. Es wurde ein Tarif abgeschlossen, der den Arbeitern eine erhebliche Verbesserung ihres Arbeitsverhältnisses bringt. An dem Ausgang des Kampfes änderte auch nichts der Umstand, daß sich die Stadtverwaltung auf Seiten der bestreikten Firmen stellte, indem sie den Transport von Kohlen für die städtische Straßenbahn, der vertraglich den Kohlenfirmen obgelegen hätte, durch städtische Arbeiter besorgen ließ.

Christliche Aufklärungsmethode. Der dem christlichen Ortskartell angeschlossene Brauerbundesverein in Mainz hatte zusammen mit den christlichen Gewerkschaften ein Fest in der Weissenauer Turnhalle. Ein in der letzten Zeit vom Brauerbund zum Brauereiarbeiterverband übergetretener Brauer Schm. ließ es sich beifallen, ebenfalls auf kurze Zeit an dem Feste teilzunehmen. Schon in der Turnhalle wurde er belästigt, und als er sich entfernte, wurde er von 8 bis 10 Christlichen verfolgt, mehrmals zu Boden geschlagen und so zugerichtet, daß er längere Zeit arbeitsunfähig ist. Vier der schlagfertigen Herren sind schon ermittelt, es sind alles Mitglieder des Brauerbundes. So sorgen die Christen für Aufklärung und Verbreitung der christlichen Weltanschauung. — Hoffentlich nimmt die christliche Presse Notiz von dieser „christlichen“ Tat.

Ein italienischer Gewerkschaftspräsident ermordet. Einem Telegramm aus Rom zufolge ist der Präsident der Schiffszimmerer in Pisa, Baracchini, das Opfer eines Attentats geworden, dessen Motive bisher noch unbekannt sind. Baracchini wurde bei einem Spaziergang auf der Landstraße plötzlich von zwei Crocchieten eingeholt, deren Insassen gleichzeitig auf ihn ein Revolver Schnellfeuer eröffneten. Sie sollen fünfundsiebenzig Schüsse abgegeben haben. Baracchini wurde von sechs Schüssen getroffen und war sofort tot.

End, zu ihren Berufsgeschäften und nahmen natürlich die Frauen mit.

Anton blieb wieder allein, den Nachklängen dieser peinlichen Unterhaltung anheim gegeben. Er ging länger als eine Stunde auf und ab, die großen Räume mit großen Schritten durchmessend; bald sprach er laut, bald verlor er in Sinnen, dann riß er die Fenster auf und starrte ins Grüne; endlich lief er hinaus in die Wildeweinlande, stellte sich auf den Fleck, wo er vor Carino geegigt, blickte nach der Haustür, hinter welcher sie stand, als sie ihm die Kuchhand nachschickte. Sodann begab er sich wieder in sein Wohnzimmer, warf sich in einen Lehnstuhl, bedeckte sein Gesicht mit den Händen und seufzte laut: „Ach, daß doch Gräfin Julia hier wäre, daß ich mit ihr sprechen, daß ich ihre Meinung hören könnte! Die Schwestern erwartens. Sie erwartens mit großem Neide, aber gerade, daß sie diesen nicht verbergen konnten, daß sie mir ihn zeigten, zeigt mir auch meine Pflicht. Ich habe sie geliebt; sie liebt mich noch. Sie lebt ja nur dieser Liebe. In meinem Hause wohnt sie, verheiratet mit keiner Seele, die ausgestopfte Tureltaube ist ihr Umgang, der Käfig, den ich geflochten, ihr Altar, meine kindlichen Verse ihr Evangelium; sie treibt Abgötterei mit ihrer Jugendliebe. Und diese hat sie dem armen Knaben treu bewahrt, von welchem der Stolz sie doch trennte und fern hielt. Der arme Knabe ist ein reicher Mann geworden; er hat sie vergessen, verraten, während sie ihm treu blieb; — was kann er jetzt anders tun, als hingehen, um ihre Hand zu werben! Die Schwestern erwartens, ... um wieviel mehr muß sie's erwarten. Sie hält mich für edel; hielt sie mich doch dafür, wie ich Körbe flocht ums Geld. Ich habe zu bewahren, daß ich es blieb trotz allem Wechsel der Zeit und der Umstände. — Und ich liebe sie auch noch. O, keine Frage, ich liebe sie noch. Wie sang doch jener französische Sänger in der Pariser komischen Oper:

mais on revient toujours à ses premières amours!

Freilich, freilich, on revient toujours. Ich bin wieder heimgekommen und habe auch meine erste Liebe wieder gefunden. Und sie ist auch noch recht hübsch. Recht hübsch! Daß sie ein wenig älter geworden seitdem, dafür kann sie nicht; wir werden alle älter. Und daß Hedwig jünger ist und schöner als sie, ist auch nicht Ottilien's Schuld. Wer heißt mich denn überhaupt an Hedwig denken! — An Hedwig, — wo ich an Ottilien denken soll? Zwischen mir und ihm hieß der alte Rittmeister sie wählen, und sie wählte den Vater. Sie tat recht! Ich will auch recht tun. Ich gehe zu Zieleunte und werbe um ihre Hand. Die Tochter des Onkel Nasus hat die erste und vornehmste Anwartschaft darauf, Geleiterin zu werden in diesem Schlosse!“ (Fortsetzung folgt.)

Die Mörder sind Arbeiter, die nicht zur Gewerkschaft, aber jedenfalls zu den nützlichsten Elementen des Staates — den Streikbrechern — gehören. Zwei von ihnen wurden verhaftet. Sie konnten nur mit Mühe vor der Menge, die sie lynchen wollte, geschützt werden.

Eine Anklageschrift

gegen staatliche und kommunale Behörden im Regierungsbezirk Merseburg ist die vom Steinsegerverbande (soeben herausgegebene) Denkschrift über die Aussperrung im genannten Gebiete. Die Denkschrift führt den Titel: „Sind die Steinseger im Regierungsbezirk Merseburg Staatsbürger 2. Klasse?“ — Es wird in der Schrift nichts Veringeres behauptet und allerdings auch bewiesen, daß es die genannten Behörden sind, die eine Einigung in der nun schon 17 Wochen dauernden Aussperrung nicht nur durch passives Verhalten unmöglich machen, sondern durch aktive Maßnahmen geradezu hindern. Aus der Fülle des hierfür beigebrachten Beweismaterials sind nur die folgenden Fälle hervorgehoben: Der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes hat wiederholt öffentlich erklärt:

„Eine hohe Baubehörde habe angeordnet . . . daß die Unternehmer keinen Tarifvertrag mehr mit der Arbeiterorganisation der Steinseger schließen sollen. Täten sie das dennoch, so würden die Unternehmer die Maßnahmen der Behörden zu spüren bekommen.“

Landesbaudirektor Goecklinghoff soll diesen Ausspruch getan haben. Derselbe Herr hat auch erklärt:

„So lange die Aussperrung dauert, so lange würden auch keine Pfasterarbeiten im Kreise ausgeführt, und es solle dahin gewirkt werden, daß bei den unorganisierten Unternehmern die Arbeit gleichfalls eingestellt würde.“

Der Verband der Steinseger hat diese Tatsachen in einer Eingabe vom 21. März dem Regierungspräsidenten mitgeteilt. Es fand darauf am 8. April eine Verhandlung vor dem Landesbaudirektor Eichhorn statt. Dieser erklärte, daß er keine Ursache habe, den Landesbaudirektor Goecklinghoff zu rektifizieren. Der Herr sprach dann noch sehr eingehend über angebliche „sozialdemokratische“ Forderungen und andere Dinge, die mit der Aussperrung gar nichts zu tun haben. Er meinte auch, wenn es nicht anders geht, könnten die Arbeiter bis zum nächsten Jahre liegen bleiben. Demgegenüber fragt die Denkschrift mit Recht, ob öffentliche Arbeiten nur ausgeführt werden, wenn es den Unternehmern paßt, oder wenn ein öffentliches Interesse an solchen vorhanden ist.

Daß es sich hier um ein System handelt, dafür sprechen mehrere Fälle, wo bei Vergabung von Straßenbauarbeiten durch Gemeinden auf Anweisung des Landrats des Unternehmers vorgeschrieben wurde, keine Steinseger zu beschäftigen, „die im Verbände sind“. Das System wird dann auch von den unteren Organen fleißig weiter ausgedehnt. So verlangt der Landesbaumeister Honisch in Gardelegen von einem Unternehmer die Entlassung der organisierten Steinseger. „Den widerstrebenden Unternehmern würden die Kreisarbeiten entzogen.“ Der Landesbaumeister Linkowski in Stendal verlangt von den Unternehmern, daß sie keine Tarifverträge mehr mit dem Verbande der Steinseger abschließen. Das sind Fälle, die sich sogar außerhalb des eigentlichen Aussperrungsgebietes zugetragen haben. Aus dem Aussperrungsgebiet seien die folgenden angeführt:

„Der Chauffeuraufscher Schweinefleisch in Lettin verlangt von dem Unternehmer Teubner (Halle a. S.) die Entlassung der organisierten Steinseger, andernfalls würden ihm die Arbeiten entzogen!“

Der Chauffeuraufscher Schröder verlangt von dem Unternehmer A. Männcke in Braunschweig nicht nur die Entlassung der organisierten Arbeiter, sondern forderte von dem Unternehmer, daß dieser der Arbeiterorganisation angehören müsse. Er solle die Verschlingung über seine Zugehörigkeit zur Arbeitgeberorganisation beibringen. Das hat Herr M. nicht getan. Tatsächlich ist dem Unternehmer Männcke dann auch eine ihm von einer benachbarten Gemeinde übertragene Arbeit entzogen worden. Wir fragen (so heißt es in der Denkschrift): Sind die Organe der staatlichen Behörden dazu da, die Arbeiter aus ihrer Organisation heraus- und die Unternehmer in ihre Organisation hineinzutreiben?“

Der Landrat des Kreises Querfurt soll den ihn befragenden Unternehmern erklärt haben, daß sie die im Statut vorgesehene Konventionalstrafe für den Fall der Nichtbeilegung an der Aussperrung zu zahlen hätten. Die Denkschrift weist hierbei darauf hin, daß hier also ein königlich preussischer Landrat eine gegen § 158 der G.-O. verstößende Handlung als gesetzlich zulässig und rechtlich bindend anerkannt habe. Es werden dann mehrere Fälle angeführt, wo organisierte Meister in der Provinz den Haleschen Scharfmachern unter Androhung und Verhängung schwerer Strafen zur Aussperrung selbst unbeteiligter Berufsarbeiter und zum Vertragsbruch gezwungen wurden. Es wird ferner nachgewiesen, wie den aussperrenden Unternehmern zu Gefallen alle ministeriellen Bestimmungen über die Auswahl der Unternehmer bei Submissionen einfach außer acht gelassen werden. Subunternehmern und Streikbrechern zahlen die Unternehmer bis zu 25 Prozent höhere Löhne, als die Aussperrten sie jemals gefordert haben. Welche Frivolität auf Seiten der Unternehmer vorhanden ist, das beweist die in der Denkschrift abgebildete Postkarte eines der aussperrenden Unternehmer und seines Sohnes, enthaltend die photographische Aufnahme einer Streikbrecherkolonne, auf welcher die Absender dem Streikkomitee der Arbeiter ihre „Glückwünsche“ aussprechen. Endlich wird noch darauf verwiesen, daß dieselben Scharfmacher, die hier die Arbeiter aussperrten, vor zwei Jahren den Arbeitern zumuteten, einige Außenleiter zu sperren, die dem Arbeitgeberverbande bei einer Schröpfung der städtischen Kassen hinderlich waren. „Zum Dank dafür“, sagte die Denkschrift, „unterstützen heute dieselben Behörden diese organisierten Unternehmer und sorgen somit indirekt dafür, daß ihnen der nächste diesbezügliche Versuch leichter gelingt!“

Zum Schluß heißt es in der Denkschrift: „Das sind die Leute, die sich in so ungeheuerlich weitgehender Weise der tatkräftigsten, wirtschaftlichen, organisatorischen und politischen Förderung und Unterstützung nahezu aller staatlichen und kommunalen Behörden im Regierungsbezirk bei einer von ihnen vollzogenen Gewaltmaßregel gegen die Arbeiter, denen sie ihren Wohlstand verdanken, zu erfreuen haben!“

Und man wird es daher den Arbeitern, denen in dieser unerhörten Weise mitgespielt wird, nicht verargen, wenn sie den energigsten Protest erheben gegen Maßnahmen, die sie zu Staatsbürgern zweiter Klasse stempeln. Man wird es ihnen ferner nicht verargen, daß sie nun endlich, nachdem sie die ungeheure schweren Opfer eines siebzehnjährigen Kampfes um ihre vitalsten Rechte als Arbeiter, als Menschen und als Staatsbürger auf sich genommen haben, von allen, die es angeht, das Maß an staatsbürgerlicher Gleichberechtigung fordern, auf das nach der Verfassung jeder Preuze ein unbedingtes und gutes Recht hat!“

Euphim Lewidi.

Am 4. d. Mts. starb in Heidelberg an einem Herzleiden der Genosse E. Lewidi, der seit Jahrzehnten in den ersten Reihen der revolutionären Bewegung in Rußland gestanden hat. Schon als Zwanzigjähriger fiel er im Jahre 1888 den Zarenkriegen in die Hände und seit dieser Zeit war sein Leben eine ununterbrochene Kette von Leiden und Verfolgungen, die ihn zahlreiche Male ins Gefängnis und für viele Jahre in die sibirische Verbannung brachten. Genosse Lewidi begann seine revolutionäre Laufbahn als Mitglied der Partei „Narodnaja Wolja“, die in den sechziger und achtziger Jahren ihren heldenhaften Kampf gegen den Zarismus führte. Er nahm tätigen Anteil an den Aktionen der südrussischen Gruppen dieser Partei und führte in Nikolajew eine Propaganda unter den Arbeitern, wo er einen Verband begründete. Nach seiner Verhaftung saß er ca. 3 Jahre in Untersuchungshaft und wurde für sechs Jahre in den entferntesten Winkel von Sibirien, nach Sredne-Kolyma verbannt. Nach seiner Rückkehr im Jahre 1895 begann er sofort die Wiederherstellung der Partei Narodnaja Wolja zu betreiben und schloß sich der Pariser Gruppe der Alten Narodowolja an. Bald darauf nahm er Anteil an der Gründung der sozialrevolutionären Partei, und unternahm einige Mal geheime Reisen nach Rußland, um an der Organisationsarbeit persönlich Anteil zu nehmen. Im Jahre 1904 reiste er wieder nach Rußland, um an Ort und Stelle die Organisationen kennen zu lernen. Er wurde aber bald in drei verhaftet und zwar — wie es sich später herausstellte — auf die Denunziation von Asew, mit dem er stets in gespannter Beziehung stand. Er wurde nach der berühmten Peter-Paul-Festung in Petersburg geschickt, wo er etwa ein Jahr gefangen saß und schwer erkrankte. Als er in Freiheit gesetzt wurde, wurde er als griechischer Unterthan nach Odessa geschickt und von dort in die Heimat befördert. Diese langwierige Stappenbeförderung des kranken Genossen von Petersburg nach Odessa gehörte zu den qualvollsten Ereignissen seines Lebens.

Genosse Lewidi teilte niemals die Illusionen betreffend das russische Bauerntum und blieb in dieser Beziehung den Traditionen der Narodnaja Wolja treu. Dieser Umstand, in Verbindung mit seinen persönlichen Eindrücken im Jahre 1904, veranlaßten ihn, zu der Sozialdemokratie überzutreten, wo er den Bolschewik näher stand. Im Jahre 1906 reiste er nach Rußland und nahm tätigen Anteil an der sozialdemokratischen Parteiarbeit, sowohl als Schriftsteller wie als Organisator. Im Herbst 1907 sah er sich genötigt, nach dem Ausstand zu flüchten. Er lebte seitdem fast ausschließlich in Deutschland, wo er ständig mit Not und Krankheiten zu kämpfen hatte.

Selbst in dieser Periode, wo sich die Folgen des Leidens- und entbehrungsreichen Lebens deutlich bemerkbar machten, machte Genosse Lewidi keineswegs den Eindruck eines „Veteranen“, der die wohlverdiente Ruhe aufsuchte. Er verfolgte im Gegenteil eifrig die russische wie die internationale Politik, war Mitarbeiter der „Neuen Zeit“ und des „Vorwärts“, wo er namentlich über die Fragen des Ostens und des fernen Ostens schrieb und beschäftigte sich mit einigen wissenschaftlichen Arbeiten, die er schon vor Jahren begonnen hatte. Noch vor wenigen Monaten äußerte er sich über die Pläne für neue größere Arbeiten, die er nach der ihm verordneten Kur in Angriff nehmen wollte. Der plötzliche Tod hat diesen Plänen ein jähes Ende gemacht und einen der tapfersten Vorkämpfer des russischen Proletariats aus unseren Reihen gerissen. Alle, die ihn persönlich kannten, trauern nicht nur über den Verlust eines unermüdbaren Kämpfers, sie beklagen auch den Verlust eines ungewöhnlich sympathischen Menschen, dessen bezaubernde Herzensgüte und Lauterkeit ihm die Sympathien aller gewannen, mit denen er in Verbindung kam.

Aus dem Gerichtssaal.

Der unlauteren Kampfesweise überführt. Dem Generalsekretär des wirtschaftlichen Verbandes der Ärzte, Dr. Kuhns in Leipzig, ist bereits vom dortigen Schöffengericht attestiert worden, daß ihm und den Vorstandsmitgliedern des Verbandes mit Recht der Vorwurf gemacht werden könne, daß ihre Kampfesweise im Vocholter Krankenkassenstreit eine unlautere war. Vier Zeugen hatten nämlich ein Telefongespräch angehört, das Dr. Kuhns am 6. Januar 1910 mit einem Vocholter Arzte geführt hatte, der auf dem Rathause mit den Vorstandsmitgliedern des Krankenkassenverbandes in Einigungsverhandlungen eintreten sollte. Diefem Arzte hatte der Generalsekretär folgende „Instruktion“ erteilt: „Morgen, Herr Kollege! Verfahren Sie äußerst höflich. Kommen Sie dem Herrn Scheinbar entgegen. Halten Sie sich im Hinterhalt. Wir können später, wenn wir das Heft in Händen haben, noch die Gespräche nach unserem Geschmack drehen. Wir müssen mit der Stimmung der Bevölkerung rechnen. Sehen Sie zu, wie die Hasen laufen.“ Infolge dieser zweideutigen Haltung der Führer der Ärzte scheiterten damals die Einigungsverhandlungen, und in Zeitungsartikeln erklärte der Vorstand des Krankenkassenverbandes, der Ärzteverband kämpfte mit unlauteren Mitteln und Dr. Kuhns habe gelogen, weil dieser behauptete, nicht telephoniert zu haben. Dr. Kuhns wurde am 20. Februar vom Schöffengericht mit seiner Beleidigungsklage gegen die Vorstandsmitglieder abgewiesen, aber er legte Berufung ein und zwar mit dem Erfolg, daß das Landgericht aus denselben Gründen, mit denen das Schöffengericht seine Klage abgewiesen hatte, seine Berufung verworfen. Somit ist dem Ärzteverband von zwei Instanzen das ehrende Zeugnis ausgestellt worden, daß das Publikum mit Recht urteilen kann, der Ärzteverband kämpfte mit unlauteren Mitteln.

Zivilisation und Weizenbau.

Die Gestaltung der Welt ist an die Kenntnis des Getreidebaues geknüpft. Dieser macht es möglich, daß auf einem verhältnismäßig kleinen Raum zusammengedrängt eine bedeutende Anzahl von Bewohnern gesellig ihren Lebensunterhalt zu finden vermag, während der Jäger jeden Fremden, der das Jagdgebiet betritt, von dem er keine nützliche erkaufte spärliche Nahrung zieht, als seinen natürlichen Feind betrachtet. Die Zivilisation, die in dem geselligen Zustande der Menschen wurzelt, hat ihren letzten Grund in der relativ weniger mühevollen Art, mit welcher der Landebauer im Verhältnis zum Jäger nicht nur Nahrung für sich, sondern auch für andere, die nicht auf dem Felde arbeiten, zu gewinnen vermag. Diese Wahrheit kommt ganz charakteristisch in der Rede eines nordamerikanischen Häuptlings zum Ausdruck, die uns Crevecoeur aufbewahrt hat, mit welcher jener seinem Stamm, den Mississas, zum Ackerbau rät: „Seht Ihr nicht, daß die Weissen von Körnern, wir aber von Fleisch leben? Daß das Fleisch mehr als 30 Monate braucht, um heranzuwachsen, und oft selten ist? Daß jedes jener wunderbaren Körner, die sie in die Erde streuen,

ihnen mehr als hundertfältig zurückgibt? Daß das Fleisch, wovon wir leben, vier Weine hat zum Entflehen, wir aber derer nur zwei besitzen, um es zu hassen? Daß die Körner, da wo die weissen Männer sie säen, bleiben und wachsen? Daß der Winter, der für uns die Zeit unserer mühsamen Jagden, ihnen die Zeit der Ruhe ist? Darum haben sie so viele Kinder und leben länger als wir. Ich sage also jedem, der mich hören will, bevor die Federn unseres Dorfes vor Alter werden abgetrieben sein, und die Ahornbäume des Tales aufhören, uns Zucker zu geben, wird das Geschlecht der kleinen Kornläser das Geschlecht der Fleisshesser verdrängt haben, sofern diese Jäger sich nicht entschließen zu säen.“ Die Kornläser haben gelehrt, sie haben die Erde sich untertan gemacht. Aber auch die Kornläser haben sich gespalten und nur der eine Teil hat eine hohe modern-wirtschaftliche Entwicklung zu erreichen vermocht. Man kann die Kornläser in Brotesseer auf der einen und in Reis-, Mais-, Gerste- und Pfirsichesser auf der anderen Seite einteilen. Die letzteren bilden noch weitläufig die Majorität der Menschheit, während die Minderzahl der Brotesseer durch ihre wirtschaftliche Entwicklung der Majorität weit vorausgeeilt ist. Die Grundlage für die Herstellung des Brotes bildet in erster Linie der Weizen, in zweiter Linie der Roggenbau, welcher letzterer hauptsächlich für Deutschland und Rußland wichtig ist. Bekannt ist die Verbreitung des Weizens über alle Gegenden der Erde, so daß es keinen Monat im Jahre gibt, in dem nicht in irgend einem Lande Weizen geerntet würde. Die ganze Erde produziert im Jahre etwa 900 Millionen Doppelzentner Weizen. Das ist freilich nur eine ungefähre Ziffer, die je nach dem Ernteausfall in den einzelnen Ländern schwankt. Den größten Anbau an Weizen hat das europäische Rußland einschließlich Polens mit zirka 23 Millionen Hektar. Ihm folgen die Vereinigten Staaten von Amerika mit rund 19 Millionen. In weitem Abstande folgen dann Britisch-Indien mit 8,9, Frankreich mit 6,6, Argentinien mit 5,8, Ungarn, Spanien, Kanada und dann Deutschland mit 1,83 Millionen Hektar. Dafür hat Deutschland einen Roggenbau von 6,13 Millionen Hektar, Rußland allerdings einen solchen von 28 Millionen. Die Ernteresultate sind keineswegs dem Anbau entsprechend. Die Unterschiede schwanken je nach der Intensität des Betriebes zwischen 10 und 35 Doppelzentner pro Hektar. Zu den Ländern mit relativ hohen Hektarerträgen gehören Deutschland, Holland, Belgien, während die Kultur in Rußland und auch in weiten Teilen der Vereinigten Staaten noch relativ niedrige Erträge bedingt. Den absolut höchsten gesamten Weizenanbau mit rund 200 Millionen Doppelzentnern weisen die Vereinigten Staaten auf; dann folgt Rußland mit etwas über 193 Millionen. Frankreich erntet zwischen 85 und 90, Britisch-Indien gegen 70, Argentinien zwischen 50 und 55, Kanada zirka 45 und Deutschland zwischen 37 und 39 Millionen Doppelzentner.

Aus Nah und Fern.

Familiendrägödie. In Berlin verfehte eine Familiendrägödie die Bewohner des Weinbergswegs in Aufregung. Die Frau eines Schugmannes hatte ihren einjährigen Sohn angeblich mit Opium vergiftet und ist flüchtig. Das Kind wurde abends von dem heimkehrenden Vater tot aufgefunden. Ob die Vergiftung mit Vorbedacht erfolgt ist oder eine Verwechslung von Arzneimitteln vorliegt, muß erst die Untersuchung ergeben. — In Buer bei Essen a. R. wurde nach einer Meldung der „Magdeburgischen Zeitung“ die Arbeiterfrau Galla in ihrer Wohnung vor dem Küchenherd mit gräßlichen Brandwunden tot aufgefunden. Da die Leiche außerdem Anzeichen von Gewalttätigkeiten aufwies, wurde der Ehemann verhaftet. Der Mörder beging unmittelbar nach seiner Einlieferung Selbstmord.

Abgewirtschaftet. Der Danziger Gerichtsassessor Warmbrunn beschuldigte bekanntlich die Sozialdemokratie als Vorfigender des Schöffengerichts der Förderung des Meineides. Es war selbstverständlich, daß jeder Sozialdemokrat den Herrn hiernach als Richter wegen Befangenheit ablehnen mußte. Zu häufig kommt das aber nicht geschehen. Bereits im ersten Falle stellte das Gericht ohne weiteres fest, daß Warmbrunn zweifellos politisch so befangen sei, daß er als Richter nicht mehr fungieren könne! Er wurde darauf, um der Justiz die Blamage durch weitere Ablehnungen zu ersparen, seiner Funktion als Strafrichter entbunden und an das Zivilgericht verlegt. Seine Lage sollen in Danzig übrigens gezählt sein.

Ein 13jähriger Mörder. Gestern früh geschah in Klein-Landshut eine entsetzliche Mordtat. Ein 18 Jahre alter Dienstknecht erdroßelte ein 7 Jahre altes Mädchen mit einer Peitschenknur, als es sich seinem Vorhaben durch Schreien widersetzte. Er tötete das Kind und zerstückelte die Leiche. Bei seiner Verhaftung wäre er von der Volksmenge beinahe lyncht worden.

Die Kompostschüssel ist voll! Weil er keine Arbeit finden konnte, erhängte sich in Lindenhof bei Demmin ein alter Landarbeiter. Er hatte auf den vertriebenen Stellen Versuche gemacht, Unterkunft zu finden, war aber überall für zu alt befunden worden. So war er schließlich dahin gekommen, sich auf diese Weise „Hilfing“ zu verschaffen.

Verächtlich vergiftet hat sich in Wildenfels bei Zwida der 40 Jahre alte verheiratete Stadtarzt Doktor Schreier. Er hatte in seinem Sprechzimmer, während ihn Patienten konsultierten, aus einer Flasche gekostet, die eine Zyanalkalilösung enthielt. Der Arzt starb auf der Stelle.

Explosion einer Dynamitfabrik. Nach einer Meldung aus Siegen ist in der Dynamitfabrik Bürgendorf infolge einer Explosion die Hütte in die Luft geflogen. Sämtliche außerhalb der Fabrik beschäftigten Arbeiter wurden zur Erde geworfen. Im ganzen wurden acht Arbeiter getötet, die vollständig in Stücke gerissen wurden. Elf Arbeiter wurden verlegt, davon drei schwer. Bisher wurden nur zwei Leichen geborgen; dagegen wurden einige menschliche Körperteile aufgefunden. Das Wasch-, das Scheiben- und das Nitrierhaus sind vollständig zerstört, der Betrieb ist eingestellt.

Verstümmelte Kinder. Dienstag abend wurden in einer Erdgrube im Kölnener Vorort Poll vier spielende Kinder von nachstürzenden Erdmassen verstümmelt. Ein Kind wurde getötet; drei wurden schwer verlegt.

Aber das Brandunglück in Saandam, dem sechs Menschenleben zum Opfer fielen, werden folgende Einzelheiten gemeldet: Das Feuer brach in dem Kaffeehaus Hen in der Nacht aus, während alle Bewohner schliefen. Um 2 Uhr hörten die Nachbarn angstvolle Pfirscherufe. Sie sahen, daß das Kaffeehaus in hellen Flammen stand, während zwei Söhne des Besitzers im Nachtwachen unter Pfirscherufen flüchteten. Diese erklärten, daß sie von dem Vater, der zwei Kinder auf dem Arme trug, die bereits brannten, geweckt worden seien. Die Söhne retteten sich durch ein Dachfenster. Die Versuche, den Vater, die Mutter und die übrigen vier Kinder zu retten, waren vergebens, da sich diese umklammert

